

2. Beraterkreis
des AGS UA I zur
Novellierung der Gefahrstoffverordnung

Arbeitskreis Asbest
Abschlussbericht

Vorlage zur Sitzung des Beraterkreises
am 9. und 10. Januar 2019

Stand: 20. Dezember 2018

Redaktion Abschlussbericht

Andrea Bonner, BG Bau/BMAS

Harald Henzel, LAGetSi Berlin

Matthias Plog, BAuA

Dr. Bettina Schröder, BGV Hamburg

Walburga Sodermanns-Peschel, DA

Inhaltsverzeichnis

A Einführung - für Eilige und andere.....	4
B Allgemeiner Teil	4
Überblick zur Problemstellung	4
Auftrag	5
Vorgehen, Material, Eingrenzung der Themen.....	5
C Ergebnisse.....	6
Allgemeines	6
Themenbezogene Ergebnisse	6
Tabellarische Übersichten.....	7
D Anhang - Ergebnisse im Detail.....	26
I Tätigkeitsverbote	27
II Pflichten für Auftraggeber	35
III Qualifikationsanforderungen	41
IV Verwaltungsverfahren.....	46
V Abschneidekriterien – was ist asbestfrei?	57
E Anlagen.....	60
Mitglieder	61
Ablauf der Beratungen	62
Abkürzungen.....	63

A Einführung - für Eilige und andere

Sie wissen schon, worum es hier geht? Sie wollen schnell das „Wesentliche“ finden? Dann überspringen Sie die nächsten Seiten, wenden sich dem Kapitel „Ergebnisse“ und den daran anschließenden Übersichten zu. Wenn Sie dann doch noch Fragen haben, Hintergründe verstehen wollen, nach Einzelheiten suchen – kein Problem, der Text läuft ja nicht weg.

Sie hätten gern erst ein paar Erläuterungen, womit sich dieser Arbeitskreis beschäftigt hat, in wessen Auftrag, wer alles mitgemischt hat und weshalb? Arbeitsmaterialien und Vorgehensweise möchten Sie auch kennenlernen, um die Ergebnisse besser einordnen zu können? Dann lesen Sie hier einfach weiter. Sollten Sie dabei über unverständliche Abkürzungen stolpern, schauen Sie in das Verzeichnis ganz am Ende dieses Berichts.

B Allgemeiner Teil

Überblick zur Problemstellung

Bis zum deutschen Asbestverbot 1993 wurde über Jahrzehnte eine Vielfalt asbesthaltiger Produkte hergestellt und zu einem erheblichen Teil im Baubereich verwendet. Wenn Asbest bei Sanierungsmaßnahmen ausgebaut wurde, beschränkte sich dies meist auf schwach gebundene Asbestprodukte wie Spritzasbest und diente dem Ziel, die Nutzer der Gebäude vor unmittelbar freigesetzten Asbestfasern zu schützen. Selten entfernt wurden Asbestprodukte, von denen im unbearbeiteten Zustand keine Faserfreisetzung angenommen wurde – wie Asbestzement, Kleber, Beschichtungen, Bodenbeläge. Damit ist die überwiegende Menge asbesthaltiger Produkte im Gebäudebestand noch enthalten¹, häufig auch verdeckt und unerkannt.

Inzwischen erreichen die so ausgestatteten Gebäude einen Zustand, in dem sie grundlegend modernisiert, umgebaut oder abgebrochen werden. Dabei werden die Asbestprodukte zwangsläufig bearbeitet. Bei solchen Baumaßnahmen steht selten der Schutz vor asbestbedingten Gefährdungen im Vordergrund, vielmehr stellt Asbest eine zusätzlich zu berücksichtigende – hinderliche – Größe für Planung und Ausführung dar.

Auch die Bearbeitung von Materialien, die früher weniger beachtet wurden, kann zu bedeutsamen Expositionen führen². Wo solche Materialien im Gebäude aber tatsächlich eingesetzt wurden, ist in der Regel nicht dokumentiert. So können asbesthaltige Materialien durch Unkenntnis übersehen werden, das Risiko einer mangelhaften Durchführung der Arbeiten wächst, mögliche Folge: Erhöhte Asbestexposition bei Beschäftigten der an Umbau, Instandhaltung und Abbruch beteiligten Gewerke.

Das Gefahrstoffrecht ist für die Erfordernisse dieser Situation nicht optimal gestaltet und mit Auslegungsproblemen verbunden. Daher gilt es, die auf Asbest bezogenen Regelungen der Gefahrstoffverordnung weiterzuentwickeln. 2013 erhielt eine Arbeitsgruppe den Auftrag, hierfür einen Vorschlag zu erstellen und dem damaligen AGS-Beraterkreis zur Novellierung der Gefahrstoffverordnung vorzulegen.

Der 2014 fertiggestellte Vorschlag zog intensive Diskussionen in den betroffenen Kreisen nach sich und mündete noch nicht in einer Änderung der Verordnung. Es gab viele Fragen zur Angemessenheit und Umsetzbarkeit der vorgeschlagenen Regelungen, aber auch zu Konsequenzen im Bereich der Gebäudewirtschaft oder beim Bauschuttrecycling. Die große Zahl potenziell betroffener Betriebe, etwa im Handwerk, spielte dabei eine wichtige Rolle, ebenso die Einsicht, dass für viele der betroffenen Tätigkeiten Expositionsdaten benötigt werden. Diese

¹ Nationales Asbest-Profil Deutschland, Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Dortmund/Berlin/Dresden 2015

² Laufende Messprogramme der UVT, z.B. Messprojekt BG ETEM

breit angelegte Diskussion hat die Bundesregierung seit 2016 im Nationalen Asbestdialog aufgegriffen.

Ebenfalls 2016 hat der AGS erneut einen Beraterkreis initiiert, um den Vorschlag von 2014 im Lichte der Debatte zu erörtern und, wo notwendig, zu überarbeiten.

Auftrag

Der AGS hat auf seiner 58. Sitzung die Wiedereinberufung des Beraterkreises zur Fortentwicklung der Gefahrstoffverordnung befürwortet. Auftrag und Arbeitsstruktur des Beraterkreises sind in der Projektskizze niedergelegt³. Aus dieser ergeben sich die Einrichtung eines Arbeitskreises Asbest innerhalb des Beraterkreises und der Auftrag,

„...auf der Grundlage der Vorschläge des Beraterkreises 2013/2014 folgende Themen [zu] erörtern und weitere Vorschläge zur Fortentwicklung der GefStoffV [zu] erarbeiten:

1. Überprüfung und ggfs. Fortentwicklung der Vorschläge des Beraterkreises 2013/14 zu den Asbestregelungen unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Nationalen Asbestdialoges. ...“

Im Februar 2018 bat der Beraterkreis darum, ggf. auch verbleibende Dissenspunkte herauszuarbeiten und die gegenläufigen Positionen abzubilden.

Im Verlauf des Nationalen Asbestdialogs wurde seitens BMAS zusätzlich darum gebeten, beim Thema „Pflichten für Auftraggeber“ Vertreter der Immobilienwirtschaft und Bauherrenverbände in die Beratungen einzubeziehen.

Die Ergebnisse des Beraterkreises sind dem AGS im Mai 2019 vorzulegen, dementsprechend soll der Beraterkreis diesen abschließenden Bericht zum Jahresende 2018 erhalten.

Vorgehen, Material, Eingrenzung der Themen

Nach Benennung von 18 Mitgliedern (Verzeichnis in der Anlage) konstituierte sich der Arbeitskreis im Februar 2017. Die Beratung im Rahmen von Sitzungen wurde durch schriftliche Abstimmung von Ergebnisdokumenten ergänzt (Ablauf s. Anlage).

Um zu gewährleisten, dass die Vorschläge mit den für die Gefahrstoffverordnung einschlägigen nationalen, europäischen und internationalen rechtlichen Vorgaben im Einklang stehen, wurden insbesondere folgende Vorschriften regelmäßig in die Betrachtungen einbezogen:

- Ermächtigungsrahmen §§ 17 und 19 ChemG mit Ergänzung vom Juli 2017 zu Pflichten für Auftraggeber in § 19 Absatz 2 Nummer 16 ChemG⁴,
- EU-Asbestrichtlinie (RL 2009/148/EG),
- Asbestverbot nach Artikel 67 i.V.m. Anhang XVII Eintrag 6 EU-REACH-Verordnung (VO (EG) Nr. 1907/2006),
- ILO-Übereinkommen 162 über Sicherheit bei der Verwendung von Asbest.

Entsprechend dem Auftrag zur „Überprüfung und ggfs. Fortentwicklung der Vorschläge des Beraterkreises 2013/14“ wurde das Ergebnisdokument des Beraterkreises 2013/14 dem Arbeitskreis vor seiner ersten Sitzung zur Verfügung gestellt. Zur Prüfung auf erörterungsbedürftige Themen wurden herangezogen:

- Bundesratsbeschluss vom 14.10.2016 (BR-Drs. 470/16 (B)),
- Stellungnahme des Zentralverbands des Handwerks (ZDH) vom August 2015.

³ Anlage 17 zu 60. AGS TOP 3.3c, dort zustimmend z.K. genommen

⁴ Artikel 1 Gesetz v. 18.07.2017 BGBl. I S. 2774

Wesentliche Kriterien für die Themenauswahl waren:

- Strittige Positionen,
- Notwendigkeit inhaltlicher Vertiefung,
- Änderungen in der rechtlichen Ausgangslage.

Als beratungsbedürftige Themen wurden auf dieser Grundlage identifiziert:

I Tätigkeitsverbote

II Pflichten für Auftraggeber

III Qualifikationsanforderungen

IV Verwaltungsverfahren

V Abschneidekriterien – was ist asbestfrei?

VI Risikobezogene Gestaltung der Regelungen

Der Nationale Asbestdialog fand parallel zu den Beratungen des AK statt. Die persönliche Beteiligung von AK-Mitgliedern an den Veranstaltungen des Asbestdialogs (u.a. an den 3 Gesprächsforen im Sommer 2017) und regelmäßige Berichte des BMAS zu resultierenden Aktivitäten dienten als Grundlage, um die Aspekte des Dialogs in die Beratungen einzubeziehen.

C Ergebnisse

Allgemeines

Bei den Ergebnissen handelt es sich im Wesentlichen um Regelungskonzepte. Nur beim Thema „Auftraggeberpflichten“ wurde zusätzlich - als Umsetzungsbeispiel - ein Vorschlag für den Verordnungstext erstellt. Soweit wesentliche Berührungspunkte zu anderen Rechtsbereichen erkannt wurden, werden diese benannt und Ideen zur Bearbeitung der Schnittstellen vorgestellt.

Die Option zur Konkretisierung im Technischen Regelwerk wurde mit bedacht. Allgemein wird vorgeschlagen, strukturelle Aspekte auf Ebene der Verordnung zu regeln; was dies im Einzelnen bedeutet, wird in den themenbezogenen Darstellungen erläutert. Zur möglichen Ausgestaltung der strukturellen Vorschläge gibt es viele detaillierte Hinweise, die auch schon die Konkretisierung auf TRGS-Ebene einbeziehen.

Zu vielen Punkten wurde kein Konsens erzielt. Dies wird jeweils mit pro- und contra-Positionen dargestellt. Manche Punkte blieben zwar strittig, aber aus der Beratung ergab sich doch eine Veränderung des anfänglichen Vorschlags und damit eine Annäherung an einen Kompromiss. Auch dies wird beschrieben. Ausdrücklich strittig blieben die konzeptionellen Vorschläge zum Thema „Verwaltungsverfahren“. Dementsprechend wird in der Ergebnisdarstellung eine andere Überschrift verwendet.

Insbesondere dort, wo die Vorschläge eng an den Vorschlag des Beraterkreises 2013/14 anknüpfen, werden die Änderungen gegenüber diesem Vorschlag erläutert und begründet.

Themenbezogene Ergebnisse

Zu den Themen I bis V finden Sie die ausführlichen Ergebnisdarstellungen mit allen vorstehend benannten Details im Anhang. Einen raschen Überblick geben die „Tabellarischen Übersichten“ (s.u.).

Das Thema „Risikobezug“ wurde vorrangig als Querschnittsthema behandelt und wird entsprechend auch in den Ergebnisdarstellungen der anderen Themen angesprochen. Einige übergeordnete Aspekte aus der Diskussion sind im Folgenden dargestellt.

VI - Risikobezogene Gestaltung der Regelungen

Zwar besteht weitgehend Einvernehmen, dass Pflichten grundsätzlich unter Bezug auf das jeweilige Risiko gestaffelt werden sollten. Aber es gibt Differenzen, wie dieser Ansatz geeignet ausgestaltet werden kann, etwa zur Anwendbarkeit des Risikokonzepts der TRGS 910.

Mehrfach stellte sich die Frage, wie sich kurzzeitige Tätigkeiten in höherem Risikobereich auf den Umfang der Pflichten auswirken. Hierzu wurde herausgearbeitet, dass nach den Vorgaben des Risikokonzepts (TRGS 910) die risikobezogenen Konzentrationswerte als Schichtmittelwerte mit der Möglichkeit kurzzeitiger Überschreitungen anzuwenden sind. Ob dies dem Wunsch der Handwerksverbände nach Flexibilität für gelegentliche höhere Expositionen genügt, konnte nicht abschließend geklärt werden, da die Expositionssituationen noch nicht hinreichend detailliert bekannt sind. Möglicherweise könnten Dosisbetrachtungen über einen verlängerten Bezugszeitraum helfen, mit dieser Problematik umzugehen. Ob eine solche Herangehensweise aus toxikologischer Sicht belastbar ist, sollte geklärt werden. Hierzu wird auf die laufenden Arbeiten zur TRGS 910 verwiesen. Andererseits wurde der in der TRGS 910 angelegte Bezug auf Schichtmittelwerte (oder noch längere Zeiträume) aber auch kritisiert, weil die Idee nur kurzzeitig hoher Expositionen mit Blick auf eine längere Verweildauer einmal freigesetzter Fasern zu hinterfragen sei. Auch werde so das Schutzniveau im Vergleich zum bisherigen Bezug auf die Dauer der Tätigkeit (heutige TRGS 519) verschlechtert.

Der Aspekt einer möglichen künftigen Absenkung der Akzeptanzkonzentration wurde angesprochen, aber nicht vertieft. Vor eventuellen Beratungen hierzu müssten weitere Randbedingungen geklärt sein, etwa zu dem o.a. Dosiskonzept (Bezugszeiträume, Überschreitungsoptionen) und zu Messstrategien. Um Missverständnisse zu vermeiden, wird in den Regelungsvorschlägen mehrfach ausdrücklich die Akzeptanzkonzentration in ihrer heutigen Höhe von 10.000 Fasern/m³ in Bezug genommen, also nicht als „gleitende Größe“.

Tabellarische Übersichten

Die folgenden Übersichten basieren auf den ausführlichen Darstellungen im Anhang (Abschnitt D dieses Berichts). Sie geben einen Überblick, zu welchen Themen Konsens bzw. Dissens besteht, skizzieren für Bereiche mit Dissens die verschiedenen Positionen und geben Hinweise auf Wege zur Entwicklung von Lösungen.

Erläuterung zur Markierung der Kopfzeilen:

	Konsens
	Dissens, aber geringfügig bzw. Ansätze zur Behebung erkannt
	Dissens, gravierend bzw. keine Ansätze zur Behebung erkannt

I Tätigkeitsverbote

Vorbemerkung: Die Tätigkeitsverbote der bisherigen Gefahrstoffverordnung sollen so neu gefasst werden, dass die als relevant angesehenen Tätigkeiten an asbesthaltigen Gebäudeteilen, Erzeugnissen Fahrzeugen etc. möglich sind, ohne gegen das Umgangsverbot in der EU-Asbest-RL zu verstoßen. Das geplante Format ist wieder ein Verbot mit Ausnahmen.

Regelungsaspekt	Generelles Tätigkeitsverbot
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> Von Asbest geht ein hohes Risiko aus und daher sind Tätigkeiten an asbesthaltigen Produkten generell erst einmal verboten. (auch Umsetzung Artikel 5 EU-Asbest-RL)
Bedenken	<ul style="list-style-type: none"> Umgang mit ausgebauten Produkten/Abfällen für sorgfältige und sinnvolle Abfalltrennung sollte nicht erfasst werden. Im Übrigen werden Ausnahmen erforderlich sein, Vorschläge s.u.
Vorschlag für Regelung	1. Tätigkeiten an „asbesthaltigen Teilen von Gebäuden, Geräten, Maschinen, Anlagen, Fahrzeugen und sonstigen Erzeugnissen“ sind verboten.

Regelungsaspekt	Ausnahmen vom generellen Tätigkeitsverbot: zur Entfernung von Asbest
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> Vollständiges Entfernen von Asbest (bisher: Abbruch) beseitigt das Risiko durch Asbest in dem Produkt.
Vorschlag für Regelung	<p>Ausgenommen sollen sein:</p> <p>2.1 Vollständiges Entfernen (auch von kleinen Flächen und Teilflächen),</p>

Regelungsaspekt	Ausnahmen vom generellen Tätigkeitsverbot: zur Gefahrenabwehr, wenn vollständiges Entfernen nicht möglich ist
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> Tätigkeiten an potentiell staubenden Produkten zur Gefahrenabwehr müssen möglich sein (bisher Sanierung)
Vorschlag für Regelung	<p>Ausgenommen sollen sein:</p> <p>2.2 Gefahrenabwehrmaßnahmen bei Gefahr durch asbesthaltigen Staub, wenn Entfernen technisch/baurechtlich nicht möglich</p>

Regelungsaspekt	Ausnahmen vom generellen Tätigkeitsverbot: für Schadensfälle
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> Beschädigungen von Asbestprodukten kommen vor. Bei diesen muss schnelle Sicherung möglich sein. Mehr ausnahmen als bisher müssen möglich sein (z.B. Überdecken Dach mit Folie nach Hagelschaden)
Vorschlag für Regelung	<p>Ausgenommen sollen sein:</p> <p>2.3. Sofortmaßnahmen zur vorübergehenden Sicherung nach Schadensfällen,</p>

Regelungsaspekt	Ausnahmen vom generellen Tätigkeitsverbot: zur Inspektion
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> Inspektion von asbesthaltigen Teilen ist notwendig, auch um sichere Arbeit planen zu können.
Vorschlag für Regelung	<p>Ausgenommen sollen sein:</p> <p>2.4. Inspektion asbesthaltiger Teile,</p>

Regelungsaspekt	Ausnahmen vom generellen Tätigkeitsverbot: für „Nebenarbeiten“ an asbesthaltigen Teilen
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> Bei Arbeiten an anderen Bauteilen kann eine Tätigkeit an asbesthaltigen Produkten notwendig werden
Bedenken	<ul style="list-style-type: none"> Es fehlt möglicherweise ein einzelner Teil für Überdeckungsarbeiten (s.a. unter Rückausnahmen)
Vorschlag für Regelung	<p>Ausgenommen sollen sein:</p> <p>2.5. Tätigkeiten, die zur Instandhaltung nicht asbesthaltiger Teile erforderlich sind ,</p>
Aspekte aus der Diskussion	<ul style="list-style-type: none"> BMAS wird gebeten sicherzustellen, dass die Ziele zur Überdeckung/Überdeckungsverbot im finalen Rechtstext erfasst sind.

Regelungsaspekt	Ausnahmen vom generellen Tätigkeitsverbot: für Analysezwecke
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> Messungen und Beprobungen sind wichtig, auch zur sicheren Planung weiterer Tätigkeiten (Erweiterung alte Ausnahme, Bezugnahme zu REACH-Ausnahmen F&E)
Vorschlag für Regelung	<p>Ausgenommen sollen sein:</p> <p>2.6. Tätigkeiten für Analyse-, Mess-, Prüfzwecke.</p>

Regelungsaspekt	Ausnahmen vom generellen Tätigkeitsverbot: im Rahmen der normalen Nutzung bei geringem Risiko
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> Es ist nicht immer verhältnismäßig, ein asbesthaltiges Produkt zu entfernen. So die Arbeit sicher ist und keine Risiken (auch in Zukunft) entstehen/erhöht werden, können Produkte auch verbleiben. Dann aber klare Dokumentationspflichten.
Bedenken	<ul style="list-style-type: none"> In wie weit geht „Funktionserfüllung“ über baulich-technische Fragestellungen hinaus? Wer ist wie für die Dokumentation verantwortlich? Wie ist geringes Risiko zu sehen/belegen? DGUV: Einschränkung auf Tätigkeiten mit geringem Risiko „verboten“ in diesem Fall die gelb/roten Tätigkeiten der TRGS 519-Matrix. Das muss geöffnet werden, denn dann wären ein Großteil der PSF-Arbeiten wieder verboten (siehe Diskussion um die LV 45).
Vorschlag für Regelung	<p>Ausgenommen sollen sein:</p> <p>2.7. (andere) Tätigkeiten im Zuge der laufenden Nutzung (Bauen im Bestand), wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> ein geringes Risiko vorliegt und späteres vollständiges Entfernung des asbesthaltigen Gemischs/Erzeugnisses nicht erheblich erschwert wird und das asbesthaltige Gemisch/Erzeugnis noch seine ursprüngliche Funktion erfüllt. <p>Bei Inanspruchnahme der Ausnahmen:</p> <p>Pflicht zur Dokumentation der verbleibenden Asbestmaterialien (durch den Veranlasser, z.B. Bauherr).</p>

Regelungsaspekt	Ausnahmen vom generellen Tätigkeitsverbot: Einzelfallausnahmen
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> Es gibt Einzelfälle, in denen ein Entfernen nicht sinnvoll/verhältnismäßig ist, es aber nicht möglich ist, eine generelle Ausnahme zu formulieren.
Bedenken	<ul style="list-style-type: none"> Sind damit alle zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit notwendigen Ausnahmen vorhanden? (Sorge Arbeitgeber) Zuständigkeitsproblematik, wenn Firmensitz und Objekt nicht im selben Zuständigkeitsbereich liegen? Es muss sichergestellt werden, dass Abfallbehandlung nicht unter die Verbote fällt. Hier muss sonst eine Ausnahme erscheinen.

Vorschlag für Regelung	<p>3. Wenn eine Tätigkeit unter das Verbot zu 1 fällt, aber nicht unter 2. vom Verbot ausgenommen ist, dann gibt es die Möglichkeit einer Einzelfallausnahme.</p> <p>Behördliche Ausnahmen sollen im Einzelfall möglich sein, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutz der Beschäftigten gewährleistet, und • spätere vollständige Entfernung des Asbestmaterials nicht erheblich erschwert, und • die Tätigkeiten nicht der Instandsetzung der asbesthaltigen Gemische/Erzeugnisse dienen (Ausnahme: bau/brand-schutztechnisches Erfordernis) und • Dokumentation der verbleibenden Asbestmaterialien (durch den Veranlasser),
-------------------------------	---

Ausnahmen vom generellen Tätigkeitsverbot: – Rückausnahmen	
Regelungsaspekt	
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> • Das bisherige Überdeckungs-, Beschichtungs- und Reinigungsverbot soll im Außenbereich bestehen bleiben.
Bedenken	<ul style="list-style-type: none"> • Was ist mit anderen Bauteilen als Asbestzement? • Was ist mit Dokumentation?
Vorschlag für Regelung	<p>4. Von den Ausnahmemöglichkeiten unter</p> <p>2.5 (Instandhaltung nicht asbesthaltiger Teile),</p> <p>2.7 („Tätigkeiten in der laufenden Nutzung“) und</p> <p>3. (Behördliche Einzelfallausnahmen) nicht erfasst sollen sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Überdeckungs-, Überbauungs- und Aufständerungsarbeiten an Asbestzementdächern und Asbestzement-Außenwandverkleidungen, • Reinigen und Beschichten von Dächern aus Asbestzement und von unbeschichteten Außenwandverkleidungen aus Asbestzement
Gegenposition	<p>Es gibt auch andere problematische Bauelemente.</p> <p>Es gibt auch Asbestzement im Innenbereich.</p> <p>Beschichtungen im Stahlbau, insbesondere Stahlwasserbau, sollten auch nicht überdeckt/überschichtet werden.</p>
Aspekte aus der Diskussion	<ul style="list-style-type: none"> • Die Benennung eines bestimmten Materials dient der Rechtsklarheit.

	<ul style="list-style-type: none"> • Bauteile, die nicht überdeckt werden dürfen, müssten ggf. vor einer Maßnahme zur Wärmedämmung o.ä. entfernt werden, was aber sehr aufwendig sein kann (z.B. Außenputz, offen liegende Abstandshalter in Sichtbeton). • AZ im Außenbereich ist das mengenmäßig bedeutsamste Material. • Die mit dem Überdeckungsverbot angestrebte, langfristige Erkennbarkeit und Entfernbarkeit asbesthaltiger Materialien soll in allen anderen Fällen durch die geforderte Dokumentation erreicht werden. • Ein Verbot im Innenbereich wäre nicht wirksam überwachbar. • Bei Überschichtung von Korrosionsschutzbeschichtungen im Stahlwasserbau ist ein langfristiger Informationserhalt nicht realistisch.
--	---

Regelungsaspekt	Weitere Punkte
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> • Beibehaltung der bisher erfolgreichen Punkte. Zudem soll die Formulierung klarer werden.
Vorschlag für Regelung	<ul style="list-style-type: none"> • Geltung der Verbote auch im Privathaushalt beibehalten und allgemeiner Vorbehalt, dass Faserfreisetzung/-ausbreitung auch bei Tätigkeiten von Privatpersonen nach Stand der Technik zu verhindern ist. • Zur Verbesserung der Lesbarkeit sollen Verbot, Ausnahmen und Rücknahmen in der Darstellung klar getrennt werden, also keine Vermischung innerhalb eines Satzes oder Absatzes. • Verbotsregelung in Bezug auf mineralische Rohstoffe mit > 0,1 % Asbest wie bisher beibehalten.

II Pflichten für Auftraggeber⁵

Vorbemerkung: Die Ergebnisse aus dem AK Asbest wurden im Nachgang mit Vertretern der Immobilienwirtschaft / potenziellen Auftraggebern erörtert. Wenn kein Konsens erzielt werden konnte, sind die Bedenken der Immobilienwirtschaft / die Gegenposition der Immobilienwirtschaft gesondert aufgeführt.

Regelungsaspekt	Mitwirkungspflichten des Auftraggebers (grundsätzlich)
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> • Nur mit entsprechenden Vorinformationen des Auftraggebers kann der Arbeitgeber seinen gefahrstoffrechtlichen Aufgaben bei Tätigkeiten in Bestandsobjekten nachkommen. Um diesen Informationsfluss zu absichern, wird eine Verpflichtung des Auftraggebers innerhalb der GefStoffV benötigt.
Bedenken	<ul style="list-style-type: none"> • Laien-Bauherren könnten überfordert sein

⁵ = Derjenige, der entsprechend § 19 Abs. 3 Nr. 16 ChemG die Tätigkeiten veranlasst

Vorschlag für Regelung	Pflichten des Auftraggebers zu Erkundungen und zur Weitergabe von Informationen an den Arbeitgeber in der GefStoffV festlegen. Eingrenzung auf Informationen, die zur Vorbereitung und sicheren Durchführung der Arbeiten nötig sind.
Gegenposition (Immobilienwirtschaft)	Ähnliche Pflichten gibt es schon in vielen anderen Rechtsbereichen. Die Regelungen z.B. im Baurecht reichen aus.
Aspekte aus der Diskussion	<ul style="list-style-type: none"> • Konkretisierung im Technischen Regelwerk, nicht über Normen o.ä. • Künftige Erkundungsleitlinien könnten übergangsweise zur Konkretisierung dienen

Regelungsaspekt	Anwendungsbereich der Regelung zur Erkundung
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> • Der Zeitpunkt für das umfassende Asbestverbot war bundesweit derselbe, daher kann für das grundsätzliche Entstehen der Auftraggeberpflicht zur Erkundung ein einheitliches Datum angesetzt werden.
Bedenken	<ul style="list-style-type: none"> • Die Festlegung eines einheitlichen Zeitpunktes soll nicht abschließend die Fiktion „asbestfrei“ auflösen.
Vorschlag für Regelung	Festlegung eines einheitlichen konkreten Datums für das Entstehen einer Erkundungspflicht vonseiten des Auftraggebers. Vorschlag für das „Bezugsdatum“ 31.10.1993 zuzüglich regionaler und zeitlicher Unterschiede und Übergangsfristen.

Regelungsaspekt	Anlass und Zeitpunkt der Mitwirkungspflichten des Auftraggebers
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> • Zum Schutz der Arbeitnehmer und Dritter sowie im Rahmen einer geforderten „auskömmlichen, allumfassenden“ Ausschreibung ist ein angemessener Zeitpunkt zur Bereitstellung der Informationen zu wählen.
Bedenken	<ul style="list-style-type: none"> • Anlassbezogene Erkundungspflicht und nicht generelle Erkundungspflicht in Form eines vorsorglichen Katasters.
Vorschlag für Regelung	Anlassbezogene Bereitstellung der Informationen für das beauftragte bzw. ausführende Unternehmen; im Bereich öffentlicher Auftraggeber: zur Ausschreibung; für private Auftraggeber bei Angebotseinholung verbunden mit einer Bringschuld des Auftraggebers.
Gegenposition (Immobilienwirtschaft)	Holschuld des Unternehmers durch Nachfragepflicht, Pflicht erst bei tatsächlicher Auftragserteilung
Aspekte aus der Diskussion	<ul style="list-style-type: none"> • Auch wenn die in der GefStoffV verankerte Pflicht zur Erkundung stets beim Auftraggeber verbleibt, kann er – gegen Bezahlung - auch das ausführende Unternehmen mit der Durchführung von Erkundungen beauftragen,

	<ul style="list-style-type: none"> Die Verwendung vorhandener Informationen aus Kataster soll möglich sein Bei Schadensfällen könnte eine vorherige Erkundung unrealistisch sein. Bei Tätigkeiten mit geringem Risiko, insbesondere bei anerkannten emissionsarmen Verfahren oder auch Tätigkeiten der künftigen TRGS-Matrix, könnte eine vorherige Erkundung unverhältnismäßig sein. Es sollte geprüft werden, ob für solche Sachverhalte ohne vorherige Erkundung „unter Asbestbedingungen“ gearbeitet werden darf.
--	---

Regelungsaspekt	Sonderfall bezgl. Anlass und Zeitpunkt der Mitwirkungspflichten des Auftraggebers
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> Zum Schutz der Beschäftigten und Dritter sind im Rahmen der Maßnahme weitere Erkundungen durchzuführen, wenn weitere, bis zu diesem Zeitpunkt nicht bekannte bzw. erkundete Gefahrstoffe angetroffen werden oder Erkundungen im Zusammenhang mit Notfallmaßnahmen / Havarien erforderlich werden.
Bedenken	<ul style="list-style-type: none"> „Doppeluntersuchungen“ sollen vermieden werden.
Vorschlag für Regelung	Wenn im weiteren Verlauf der Rückbaumaßnahme neue Erkenntnisse eine Nacherkundung erforderlich macht oder Erkundungen im Zusammenhang mit Notfallmaßnahmen / Havarien erforderlich werden, ergeben sich zusätzliche Prüf- und Informationspflichten vonseiten des Auftraggebers.

Regelungsaspekt	Umfang der Pflichten des Auftraggebers
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> Damit der Arbeitgeber seiner Pflicht zur Vorbereitung und sicheren Durchführung der Arbeiten, eingeschlossen die Abfallentsorgung, wahrnehmen kann, hat der Auftraggeber die benötigten Informationen mit einer bestimmten Detailtiefe zu erbringen.
Bedenken	<ul style="list-style-type: none"> Beim Umgang mit ausgebauten asbesthaltigen Produkten und Abfällen ist die Schnittstelle zwischen GefStoffV und Abfallrecht zu berücksichtigen.
Vorschlag für Regelung	Zur Erbringung hinreichend differenzierter Informationen durch den Auftraggeber, sind insbesondere Angaben zu „wo“, „was“ und „wie viel“ zu liefern.
Gegenposition (Immobilienwirtschaft)	Erst wenn Details, wie Bagatellschwellen, Definition der Erkundung u.ä. geklärt sind, können die Konsequenzen der geplanten Regelungen gut beurteilt werden. Betont wird die Schlüsselrolle einer pragmatischen und praxisgerechten Definition des Erkundungsumfangs.
Aspekte aus der Diskussion	<ul style="list-style-type: none"> Eventuelle Bagatellschwellen Keine Übernahme von „Arbeitgeberpflichten“ gegenüber den Beschäftigten

III Qualifikationsanforderungen

Erfordernis der Fachkunde	
Regelungsaspekt	
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> • Tätigkeiten mit Asbest dürfen nur von fachkundigen oder besonders unterwiesenen Personen durchgeführt werden. • Dazu müssen die Beschäftigten über Grundkenntnisse zu asbesthaltigen Produkten in ihrem Tätigkeitsbereich sowie den daraus resultierenden Gefährdungen verfügen.
Vorschlag für Regelung	<p>Für alle Beschäftigten, die Tätigkeiten mit Asbest ausführen, werden in der GefStoffV Grundkenntnisse gefordert. Die Grundkenntnisse können z.B. im Rahmen der Berufsausbildung, durch Fortbildungsmaßnahmen oder innerbetriebliche Schulung vermittelt werden – die konkrete Ausgestaltung (auch zu Inhalt / Umfang etc.) erfolgt auf TRGS-Ebene.</p>
Aspekte aus der Diskussion	<ul style="list-style-type: none"> • Die Grundkenntnisse sollten gewerkespezifisch vermittelt werden. • Das duale Ausbildungssystem vermittelt in den unterschiedlichen Gewerken regelmäßig die erforderlichen Grundkenntnisse (ZDB). – Anmerkung: in der GefStoffV könnten diese Ausbildungsgänge gelistet werden (vgl. Aspekte aus der Diskussion zur Sachkundeerfordernis). • Die Grundkenntnisse sind Voraussetzung für die Teilnahme an den Aufbaumodulen zum Erwerb der Sachkunde.

Erfordernis der Sachkunde	
Regelungsaspekt	
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> • Erfordernis der Sachkunde besteht für verantwortliche Personen, aufsichtführende Personen und Personen, die Abnahmen / Freigaben der Arbeitsbereiche durchführen.
Vorschlag für Regelung	<ul style="list-style-type: none"> • modularer, risiko- und aufgabenbezogener Aufbau der Sachkunde – vgl. Vorschlag des AK TRGS 519. • Die Struktur der modularen Gestaltung der Qualifikationsanforderungen soll in der GefStoffV beschrieben werden, die Ausgestaltung kann auf TRGS-Ebene erfolgen.
Gegenposition	<ul style="list-style-type: none"> • ZDB / HDB: Gewerkespezifische Sachkunde soll einen geringeren Umgang haben als die bisher in der TRGS verankerten Lehrgänge (angemessen 7 LE). Eine Prüfung wird nicht als erforderlich angesehen.
Aspekte aus der Diskussion	<ul style="list-style-type: none"> • Die Module zum Erwerb der Sachkunde können gewerkespezifisch aufbereitet werden. • Gewerkespezifische Sachkunde kann in duale Ausbildungen / Studiengänge integriert werden. Es ist zu prüfen, ob die Abnahme der Prüfungen durch die Kammern erfolgen kann. In der GefStoffV könnten die Ausbildungsgänge gelistet werden, durch deren Abschluss die gewerkespezifische Sachkunde bereits als nachgewiesen gilt. • Anmerkungen aus dem AK Qualifikation (TRGS 519): Aufbaumodul 1: Praxismodul ohne Prüfung; Aufbaumodule 2 – 4: behördlich anerkannte Lehrgänge mit Prüfung.

Regelungsaspekt	Qualifikation für allein tätige Personen
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> Allein tätige Personen sind verantwortlich für die Arbeitsumgebung und Sicherheit anderer Personen, üben aber keine Weisungsbefugnisse aus. Bei den Qualifikationsanforderungen sollte im Vergleich zu den Anforderungen an Aufsicht-führende eine Differenzierung ermöglicht werden.
Bedenken	<ul style="list-style-type: none"> Da Arbeiten kleineren Umfangs oft in Alleinarbeit durchgeführt werden, könnte in vielen Handwerksbetrieben für alle Beschäftigten ein Sachkundeefordernis bestehen.
Vorschlag für Re-gelung	<ul style="list-style-type: none"> risiko- und tätigkeitsbezogene Qualifikation nach modularem Konzept ermöglicht eine entsprechende Differenzierung, z.B. mit Modul 1 (Praxismodul)
Gegenposition	<ul style="list-style-type: none"> ZDB / HDB: Die Qualifikationsanforderungen für Aufsichtführende / allein tätige Personen im grünen und gelben Be-reich sollten sich auf die Grundkenntnisse beschränken.
Aspekte aus der Diskussion	<ul style="list-style-type: none"> BV Farbe: Bei Tätigkeiten mit geringem Risiko keine sachkundige Person vor Ort erforderlich, Baustelleneinrichtung sollte von einer sachkundigen Person geprüft werden, Arbeiten können dann von fachkundigen Beschäftigten ausge-führt werden.

Regelungsaspekt	Tätigkeiten ohne spezielle Sachkundeanforderungen
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> In Abhängigkeit von den Risiken, die von einer Tätigkeit ausgehen, kann die Fachkunde (beinhaltet Grundkenntnisse) ausreichend sein. Dies könnte z.B. für inhärent sichere Verfahren, Tätigkeiten mit einer Exposition < 1.000 Fasern/m³, Tätigkeiten mit verpackten Materialien gelten.
Bedenken	<ul style="list-style-type: none"> Vorschlag für Grenzziehung bei 10.000 (statt 1.000) Fasern/m³. Zusätzliches Kriterium „inhärent sicher“ macht es für die Praxis noch komplizierter.
Vorschlag für Re-gelung	<ul style="list-style-type: none"> Die Kriterien/Bedingungen, die für Tätigkeiten ohne spezielle Sachkundeanforderung erfüllt sein müssen (z.B. inhärent sicher, z.B. Tätigkeiten mit einer Exposition < 1.000 Fasern/m³), werden in der GefStoffV abschließend beschreiben, auf TRGS-Ebene erfolgt die Zuordnung bestimmter Tätigkeiten/Arbeitsverfahren zu den in der GefStoffV festgelegten Kriterien. In der GefStoffV sollte auch beschrieben werden, was „keine Tätigkeiten an asbesthaltigen Materialien“ darstellt. Für diese Tätigkeiten werden keine Fach- und Sachkundeanforderungen gestellt.
Gegenposition	ZDB/HDB: <ul style="list-style-type: none"> auf Zusatzkriterium „inhärent sicher“ verzichten,

	<ul style="list-style-type: none"> • Grenze für freigestellte Tätigkeiten bei 10.000 Fasern/m³ setzen. • Die Größenordnung 1.000 Fasern/m³ hat u.a. Bezug zum Thema Drittschutz. • Gegen eine Grenzziehung bei 10.000 (statt 1.000) Fasern/m³ gab es ausdrücklichen Widerspruch seitens mehrerer Bänke, dies würde als Auflösung des bisherigen Schutzkonzeptes mit entsprechend auch über den Arbeitsschutz hinausgehenden, weitreichenden Folgen angesehen. • Kriterium „inhärent sicher“: Zwar wäre es für die Praxis einfacher, kein zusätzliches Kriterium einzuführen. Aber der AK ist mehrheitlich der Auffassung, dass besondere Erleichterungen bei der Qualifikation nur gerechtfertigt sind, wenn folgenreiche Fehlbedienungen ausgeschlossen sind.
Regelungsaspekt	Übergangsregelungen
Thesen	<p>Mit der Einführung des modularen Qualifikationskonzeptes sind Übergangsfristen zu beschreiben, insbesondere bzgl.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fortbestand der Gültigkeit der bisheriger Sachkundenachweise, • Bereichen, für die bisher keine Sachkunde benötigt wurde, <p>Es sind ggf. Stichtagsregelungen zu schaffen, falls</p> <ul style="list-style-type: none"> • Prüfungen künftig z.B. auch durch Kammern abgenommen werden sollen, • bestimmte Qualifikationen als gleichwertig zu einer Sachkunde gelten sollen.
Gegenposition	ZDB / HDB: Prüfungen im Rahmen der dualen Ausbildung werden grundsätzlich nicht für erforderlich gehalten.

IV Verwaltungsverfahren

	Fachbetriebsvorbehalt – Eignung des Betriebes
Regelungsaspekt	
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> • Wegen des Risikopotenzials des Materials Asbest in Verbindung mit entsprechenden Anforderungen an die sachgerechte Ausführung von Tätigkeiten ist grundsätzlich ein korrespondierendes fachliches Niveau seitens der ausführenden Betriebe notwendig. Dies kann durch den Vorbehalt, dass nur entsprechend geeignete Betriebe solche Tätigkeiten ausführen dürfen, gewährleistet werden.
Bedenken	<ul style="list-style-type: none"> • Hoher administrativer Aufwand sowie hoher Aufwand für die Betriebe, wenn alle Tätigkeiten mit Asbest z.B. einem Erlaubnisvorbehalt unterliegen.
Vorschlag für Regelung	Tätigkeiten mit Asbest dürfen nur von (Fach)betrieben mit geeigneter personeller und technischer Ausstattung durchgeführt werden.

ggf. ergänzt durch	Meistergeführte oder mit vergleichbarer Qualifikation geführte Betriebe/Abteilungen erfüllen das Basismerkmal „Fachbetrieb“ (ZDH)
Regelungsaspekt	Zulassungsvorbehalt für Tätigkeiten im „Rotbereich“
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> • Tätigkeiten mit hohem Gesundheitsrisiko („Rotbereich“), die nicht nur kurzfristig ausgeführt werden, sollten nur solchen Betrieben vorbehalten sein, deren Eignung behördlich überprüft und attestiert wurde. • Bei erheblichen Verstößen gegen Bestimmungen des Arbeitsschutzes kann die Zulassung entzogen werden. • Die Zulassung umfasst auch die Eignung für Tätigkeiten im grünen und gelben Bereich. Im Rahmen des Zulassungsverfahrens können für Tätigkeiten im roten Bereich, die wiederkehrend ausgeführt werden (Bsp. handwerkliche Tätigkeiten an PSF), bereits die entsprechenden Gefährdungsbeurteilungen (z.B. auf Grundlage der Expositions-Risiko-Matrix) eingereicht werden.
Bedenken	<ul style="list-style-type: none"> • Auch eine im „Gelbbereich“ zuzuordnende Tätigkeit kann u.U. kurzzeitig Faseremissionen des „Rotbereiches“ erzeugen – wäre dann „plötzlich“ eine Zulassung mit dem entsprechenden behördlichen Procedure nötig? • Würden viele Betriebe vorsichtshalber eine Zulassung beantragen, dann wäre dies mit erheblichem Aufwand sowohl für die Betriebe als auch die zuständigen Behörden verbunden. Dies muss vermieden werden.
Regelungsvorschlag	Tätigkeiten mit hohem Risiko, die nicht nur kurzzeitig durchgeführt werden, dürfen nur von Fachbetrieben durchgeführt werden, deren Eignung in einem behördlichen Zulassungsverfahren nachgewiesen wurde.
Gegenposition:	<p>A Keine Regelung notwendig (ZDH, HDB): Eine generelle Erlaubnispflicht wird wegen des hohen Bürokratieaufwandes für die Praxis abgelehnt. Auf jeden Fall wird mindestens eine Ausnahme für gelegentliche/kurzzeitige Arbeiten im Rotbereich benötigt.</p> <p>B (GVSS, DGB): Ablehnung der Ausnahme für gelegentliche, kurzzeitige Arbeiten im Rotbereich, da Abschwächung der bisherigen Regelung.</p>
Aspekte aus der Diskussion	<ul style="list-style-type: none"> • Kann die Konstellation hohe Faserkonzentration („rot“), aber kurzzeitige Exposition durch die Schichtmittelwertrechnung abgebildet und dadurch das o.g. Praxisproblem gelöst werden? • Gibt es überhaupt „kurzzeitige Exposition im Rotbereich“, oder bleibt nach einer größeren Faserfreisetzung die Konzentration ohnehin länger „rot“? Oder ist ein kurzfristiges Absinken der Faserkonzentration mindestens bei Arbeiten in Innenräumen unrealistisch? • Könnte eine Differenzierung zwischen „versehentlichen kurzzeitigen“ (Fehlbedienungen) und „geplant kurzzeitigen“ Tätigkeiten helfen?

Regelungsaspekt	Eignungserklärung für Tätigkeiten im „Gelbbereich“
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> Die Eignungserklärung soll bei Tätigkeiten unterhalb des „Rotbereiches“ an die Stelle der behördlichen Erlaubnis treten. Bei erheblichen Verstößen gegen Bestimmungen des Arbeitsschutzes ist die Eignungserklärung anzweifelbar, der Betrieb kann in das Zulassungsverfahren gebracht werden. Die Eignungserklärung des Betriebes ersetzt die unternehmensbezogene Anzeige nach heutiger Rechtslage. Sie umfasst die Benennung der Tätigkeiten mit der jeweiligen Gefährdungsbeurteilung (GB) sowie Angaben zur technischen und personellen Ausstattung des Betriebes.
Bedenken	<ul style="list-style-type: none"> Welches Maß an Sicherheit kann bestehen, dass die Tätigkeit tatsächlich immer unterhalb des „Rotbereiches“ stattfindet? Hoher administrativer Aufwand für die Betriebe, bei wenig Nutzen
Regelungsvorschlag	Tätigkeiten mit mittlerem Risiko, die <i>nicht nur kurzzeitig durchgeführt werden</i> , dürfen nur von Fachbetrieben durchgeführt werden, die ihre Eignung schriftlich gegenüber der Behörde erklärt haben.
Gegenposition:	Keine Regelung notwendig (ZDB/HDB): Der rechtlich jederzeit mögliche Zugang der Aufsichtsbehörden und UVT zu den Betrieben reicht als Instrument. Eine Bringschuld der Betriebe durch eine solche Eigenerklärung wäre überflüssige Bürokratie, auch weil die überwiegende Zahl der Betriebe betroffen sein könnte. Die sog. „schwarzen Schafe“ würde man mit diesem Instrument nicht erreichen.
Aspekte aus der Diskussion	<ul style="list-style-type: none"> Die aus der Eignungserklärung resultierende Eingriffsmöglichkeit ist wirkungsvoller als durch das allgemeine Zugangsrecht der Behörde, damit kann man immer nur fallbezogen agieren und fallbezogen untersagen (Einzelbaustelle), nicht aber nachhaltig gegen problematische Betriebe vorgehen. Generell gilt: Die rechtlichen Instrumente unterscheiden wesentlich darüber, wie wirkungsvoll und effizient behördliches Eingreifen sein kann. Betriebsbezogene Eignungserklärung (einmalige unternehmensbezogene Eignungserklärung als Anzeige) als Hauptinstrument zur Umsetzung der EU-rechtlich gebotenen Anzeigepflicht (Artikel 4 EU-AsbestRL) nutzen, dafür Wegfall bei einzelfallbezogenen Anzeigen <ul style="list-style-type: none"> ➤ Ist in Punkt „Mitteilung“ aufgegriffen Die Eigenerklärung (wie auch die Mitteilung) sollte über die örtliche Behörde in eine zentrale Datenbank erfolgen. Denn diese Anzeige muss bundesweit gelten und nachvollziehbar sein (GVSS)

Regelungsaspekt	Befähigungsschein als Nachweis der personenbezogenen Zuverlässigkeit
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> Für die weisungsbefugte Aufsicht führende Person, die Befähigung kann zuerkannt werden, wenn die betreffende Person sachkundig und zuverlässig ist Ein solcher Befähigungsschein wäre ein geeignetes Instrument, sich als unzuverlässig erweisende Personen von bestimmten Aufgaben im Kontext der Tätigkeiten mit Asbest fernzuhalten
Bedenken	<ul style="list-style-type: none"> Der tatsächliche sachliche Nutzen wird angesichts des damit verbundenen erheblichen bürokratischen Aufwands für Betriebe und Behörden bezweifelt. Meistergeführte oder mit vergleichbarer Qualifikation geführte Betriebe/Abteilungen verfügen über die erforderliche Befähigung.
Regelungsvorschlag	Personen, die als Weisungsbefugte Aufsicht über die Tätigkeiten mit Asbest führen, müssen ihre persönliche Eignung durch einen Befähigungsschein nachweisen. Elemente der Befähigung sind Qualifikation (Sachkunde und berufliche Ausbildung) sowie Zuverlässigkeit.
Gegenposition:	ZDH und HDB plädieren für Verzicht auf Befähigungsschein. Meistergeführte oder mit vergleichbarer Qualifikation geführte Betriebe/Abteilungen verfügen über die erforderliche Befähigung. Befähigungsschein existiert bisher nur bei Bioziden und Sprengstoffen. Gefährdungen bei Tätigkeiten mit asbesthaltigen Materialien nicht vergleichbar.
Aspekte aus der Diskussion	<ul style="list-style-type: none"> Praktische Vollerfahrung: Nicht überall wird gut gearbeitet und mit den heutigen Regelungen kann die Behörde nur punktuell und nicht nachhaltig vorgehen, wenn Personen/Betriebe wiederholt durch Nichtbeachtung der Schutzanforderungen auffallen. Befähigungsscheinplicht würde das ändern. Nach Erfahrungen bei Bioziden und Sprengstoffen ist der Befähigungsschein ein verwaltungsmäßig sehr nützliches Instrument mit sehr stark lenkender Wirkung hin zu rechtskonformem Handeln. Würde für ausländische Unternehmen klarstellen, dass sie einen behördlichen Schein brauchen. Kann als Alleinstellungsmerkmal die Betriebe stärken (Erfahrung Biozidbereich). Überflüssiger Bürokratieaufwand; Eingriff in die Berufsfreiheit nach GG für die überwiegende Anzahl aller Betriebe in der Bauwirtschaft relevant; Tätigkeiten nicht vergleichbar mit Tätigkeiten z.B. mit Sprengstoffen. Beurteilung der Zuverlässigkeit durch den Arbeitgeber (s.a. neuer LASI-Leitfaden zur Fachkunde BioStoffV, dortige Fragen zur Prüfung der Zuverlässigkeit); Zuverlässigkeitsanforderungen aus anderem Zusammenhang (z.B. Verbands-, Innungsmitgliedschaften) so einfließen lassen, dass für solche Betriebe zusätzlicher Prüf-/Bürokratieaufwand vermieden wird. Zahl der geforderten befähigten Personen ggf. auf 1 je Unternehmen bzw. je Niederlassung begrenzen. Annahme der Zuverlässigkeit, solange keine Hinweise auf das Gegenteil vorliegen.

	<ul style="list-style-type: none"> Alternativansätze für nachhaltiges behördliches Eingreifen prüfen: z.B. Möglichkeit zu Rücknahme von Sachkunde, Untersagung der Tätigkeit.
Regelungsaspekt	Mitteilung an die Behörde (Anzeige der Tätigkeit)
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> Die Mitteilung setzt die Behörde von Ort, Zeitpunkt und Umfang der vorgesehenen Tätigkeiten mit Asbest in Kenntnis. Dadurch werden zusätzlich auch unangekündigte Kontrollen auf der Baustelle ermöglicht. Umsetzung des Artikels 4 (Abs.2 und 3) der EU-Asbest-RL Wenn, dann vorzugsweise elektronische Mitteilungen (Umstellung auf elektronische Verfahren soll vorangebracht werden)
Bedenken	<ul style="list-style-type: none"> Erhebliche und für praxisunnutzte Vervielfachung des Anzeigeaufkommens, wenn alle Tätigkeiten mit Asbest ortsbezogen mitgeteilt werden müssten (Aufwand für die Betriebe und für die Behörden!). Umsetzung des Artikels 4 (Abs.2 und 3) der EU-Asbest-RL ggf. schon durch Anzeige der Eignung der Betriebe erfolgt.
Regelungsvorschlag	<p>Gestaffelte Mitteilungspflicht für nicht stationäre (d.h. nicht am Betriebsitz) durchzuführende Tätigkeiten nach deren Risiko:</p> <ul style="list-style-type: none"> Rotbereich: Mitteilung jeder Tätigkeit mit Asbest, Vereinfachung vergleichbar bisherige unternehmensbezogene Anzeige möglich. Bei wiederkehrenden Tätigkeiten, für die bereits im Rahmen des Zulassungsverfahrens eine Gefährdungsbeurteilung vorgelegt wurde, kann auf eine objektbezogenen Gefährdungsbeurteilung verzichtet werden, sofern aufgrund der örtlichen Bedingungen keine weitergehenden Schutzmaßnahmen erforderlich werden. Gelbbereich: Betriebliche Eignungserklärung + ergänzende Mitteilung entspr. heutiger TRGS 519 Grünbereich: Keine Mitteilungspflicht für Betriebe, die eine Eigenerklärung vorgelegt haben
Gegenposition:	ZDH und HDB: Keine objektbezogenen Anzeigen/Mitteilungen der Tätigkeiten. Dies auch im Gelbbereich sowie bei Tätigkeiten im Rotbereich.
Aspekte aus der Diskussion	<ul style="list-style-type: none"> Die Eignungserklärung des Betriebes ersetzt die unternehmensbezogene Anzeige. Sie umfasst die Benennung der Tätigkeiten mit der jeweiligen Gefährdungsbeurteilung (GB) sowie Angaben zur technischen und personellen Ausstattung des Betriebes. Die Anzeige der Tätigkeit im Bereich des mittleren Risikos (gelber Bereich) beschränkt sich dann i.d.R. auf die Angabe von Ort und Zeit der auszuführenden Tätigkeiten. Ergänzend ist eine objektbezogene Gefährdungsbeurteilung beizufügen, wenn die örtlichen Bedingungen in Bezug auf die GB, die mit der Eignungserklärung vorgelegt wurde, weitere Schutzmaßnahmen erfordern.

	<ul style="list-style-type: none"> • Kann eine Kombination von Eigenerklärung und Anzeige (vgl. bisherige „unternehmensbezogene Anzeige“ die EU-Vorgabe erfüllen? Dies wäre z.B. dergestalt möglich: ortsbezogene Anzeige für „Hochrisikotätigkeiten“, unternehmensbezogene Anzeige („Eigenerklärung“) für Arbeiten mit mittlerem Risiko, Arbeiten mit geringem Risiko: keine Anzeige- oder Mitteilungspflicht • Als mögliche, sachgerechte Kriterien für eine weitere Eingrenzung der objektbezogenen Anzeige finden neben der Expositionshöhe auch Umfang und Komplexität der Arbeiten überwiegend Zustimmung.
--	--

DGUV – Regelungsvorschläge zu den Verwaltungsverfahren

Akzeptanzkonzentration 10.000 F/m³		Toleranzkonzentration 100.000 F/m³	
Eignungserklärung ⁽¹⁾		Zulassung ⁽²⁾	
		Anzeige: Ort und Zeit ⁽³⁾	Anzeige: Ort, Zeit, objektbe- zogene GB ⁽⁴⁾
niedriges Risiko Grundmaßnahmen		Bereich mittleren Risikos Maßnahmenbereich	Bereich hohen Risikos Gefahrenbereich

Anmerkungen:

- (1) Die Eignungserklärung des Betriebes ersetzt die unternehmensbezogene Anzeige. Sie umfasst die Benennung der Tätigkeiten mit der jeweiligen Gefährdungsbeurteilung (GB) sowie Angaben zur technischen und personellen Ausstattung des Betriebes.
- (2) Die Anzeige im Bereich des mittleren Risikos (gelber Bereich) beschränkt sich i.d.R. auf die Angabe von Ort und Zeit der auszuführenden Tätigkeiten. Ergänzend ist eine objektbezogene Gefährdungsbeurteilung beizufügen, wenn die örtlichen Bedingungen in Bezug auf die GB, die mit der Eignungserklärung vorgelegt wurde, weitere Schutzmaßnahmen erfordern.
- (3) Die Zulassung umfasst auch die Eignung für Tätigkeiten im grünen und gelben Bereich. Im Rahmen des Zulassungsverfahrens können für Tätigkeiten im roten Bereich, die wiederkehrend ausgeführt werden (Bsp. handwerkliche Tätigkeiten an PSF), bereits die entsprechenden Gefährdungsbeurteilungen (z.B. auf Grundlage der Expositions-Risiko-Matrix) eingereicht werden.
- (4) Bei wiederkehrenden Tätigkeiten, für die bereits im Rahmen des Zulassungsverfahrens eine Gefährdungsbeurteilung vorgelegt wurde, kann auf eine objektbezogenen Gefährdungsbeurteilung verzichtet werden, sofern aufgrund der örtlichen Bedingungen keine weitergehenden Schutzmaßnahmen erforderlich werden.

V Abschneidekriterien – was ist asbestfrei?

Regelungsaspekt	Asbestgehalt im Material
Thesen	<ul style="list-style-type: none"> • Eine einheitliche, rechtsgebietsübergreifende Bezugsgröße wäre sinnvoll. • Unter Gesichtspunkten <ul style="list-style-type: none"> ◦ ist der für die Einstufung und die Zulässigkeit des Inverkehrbringens mineralischer Rohstoffe relevante Wert von 0,1 % zu hoch, ◦ wäre ein möglicher Bezug (Größenordnung) die in der TRGS 517 genannte Nachweisgrenze (< 0,008 %).
Bedenken	<ul style="list-style-type: none"> • Problem: nichthomogene Probenmaterialien. Der Asbestgehalt kann darin je nach Beprobung um Größenordnungen variieren (Verdünnungseffekte) • Zunächst Messung der Faserkonzentration bei Bearbeitung von Materialien mit definierten Asbestgehalten erforderlich (Forschungsprojekt)
Vorschlag für Regelung	<p>Auf Verordnungsebene festlegen, dass es einen Grenzwert für zu berücksichtigendes Material geben kann; nähere Festlegungen im technischen Regelwerk.</p> <p>Einordnung als „asbestfrei“ (unverdünntes Material): wenn mit einem analytischen Verfahren, dessen Nachweisgrenze in der Größenordnung von 0,008 % liegt, kein Asbest nachgewiesen wird.</p>
Gegenposition	<ul style="list-style-type: none"> • GVSS: Keinen „Materialgrenzwert“ festlegen, sondern generell nur die analytische Herangehensweise (Probenahme + Analytik), bei deren Anwendung kein Asbest nachgewiesen sein darf. • Grenzwert problematisch, solange Verdünnungseffekte nicht praxiswirksam ausgeschlossen werden und Messdaten für resultierende Faserkonzentrationen unter definierten Bedingungen fehlen.
Aspekte aus der Diskussion	<ul style="list-style-type: none"> • Material, das 0,1 % Asbest enthält, kann bei Bearbeitung zu > 100.000 Fasern/m³ führen. • Das aus einem festgelegten Gehalt bei einer Bearbeitung resultierende Risiko (unter Berücksichtigung staubarmen Arbeitens) muss ggf. für die politische Diskussion in einem Forschungsprojekt ermittelt und beziffert werden. • Analytik mit Blick auf das Erkundungsziel festlegen; keine Festlegung auf das analytische Verfahren nach TRGS 517.

Die Beratungen zu „Abschneidekriterien“ befassten sich auch mit den Aspekten

- Grenze für „absichtlich zugesetzt“ nach REACH (Anhang XVII Abschnitt 6),
- Schnittstelle zum Abfallrecht: Zusammenspiel der Regelungen,
- Expositions-/Fasergrenzwert für die Einordnung als „Tätigkeit mit Asbest?“,
- historische Bezugsgröße,

- mögliche Bagatellschwellen bei der Bauwerkserkundung.

Die Diskussionsergebnisse hierzu sind ausführlich im Anhang dargestellt. Da zu diesen Aspekten aber keine Regelungsvorschläge erstellt wurden, sind sie in dieser tabellarischen Zusammenfassung nicht aufgeführt.

D Anhang - Ergebnisse im Detail

I Tätigkeitsverbote**Vorbemerkung**

Ausgangspunkt der Beratung waren die Vorschläge zu Tätigkeitsverboten aus der Beraterkreisarbeit 2013/14 (im Folgenden abgekürzt: BK 2014).

Regelungskonzept	Erläuterungen / Ergänzende Hinweise und Vorschläge / Prüferfordernisse
1. Verbot Tätigkeiten an „asbesthaltigen Teilen von Gebäuden, Geräten, Maschinen, Anlagen, Fahrzeugen und sonstigen Erzeugnissen“ [wie heutiger Text GefStoffV] sind verboten.	<p>Erläuterungen <i>Änderungen im Vergleich zu heutiger Regelung</i> Text wie in heutiger GefStoffV (nur „Arbeiten“ durch „Tätigkeiten“ ersetzt). <i>Änderungen im Vergleich mit Vorschlag BK 2014</i> Keine</p> <p>Ergänzende Hinweise und Vorschläge, Prüferfordernisse <i>Rolle des Veranlassers</i> Auch das Veranlassen solcher Tätigkeiten soll gefahrstoffrechtlich verboten sein (wenn die Tätigkeiten tatsächlich durchgeführt werden). Wie das geeignet erfolgen kann (Adressatenkreis), wird juristisch zu prüfen sein. Da sich die Beschränkung auf die Ermächtigung nach § 17 ChemG stützen, ist der Kreis der Adressaten weniger eingeschränkt als unter Bezug auf § 19 ChemG. Vorschlag: mindestens in der Begründung erläutern.</p> <p><i>Begriffe und Bezugsgrößen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Heutiger Begriff „asbesthaltige Teile“ muss noch reflektiert werden, „Gemische und Erzeugnisse“ wird vorteilhaft gesehen, da chemikalienrechtlich eingeführter Begriff. • Für die Praxis wichtig wäre eine Darstellung, was (auch) zu den Tätigkeiten gehört (z.B. Reinigen) bzw. was keine Tätigkeit ist – z.B. Arbeiten an einer Oberfläche, die über einem asbesthaltigen Material liegt. <p><i>Tätigkeiten mit „entstehenden“ Abfällen</i> Prüfen, ob Tätigkeiten noch unter diese Verbote fallen, wenn die betreffenden Teile/Materialien ausgebaut sind und damit zu Abfall werden (bzw. in welcher Phase das Verbot endet). Verbot sollte eine arbeitsschutzgerechte Abfallaufbereitung/-trennung nicht behindern. Beispiel: Fenster mit asbesthaltigem Fensterkitt - das Verbot soll nicht erzwingen, dass der Kitt auf der Baustelle abgetrennt werden muss, wenn dies sicherer stationär erfolgen kann. Für die GefStoffV könnte dies mit Bezug auf den heutigen Anhang I klargestellt werden (dortige Forderung, „vor der Anwendung von Abbruchtechniken asbesthaltige Materialien zu entfernen“). Die</p>

Regelungskonzept	Erläuterungen / Ergänzende Hinweise und Vorschläge / Prüferfordernisse
<p>2. Allgemeine Ausnahmen Ausgenommen sollen sein:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vollständiges Entfernen (auch von kleinen Flächen und Teilflächen), 2. Gefahrenabwehrmaßnahmen bei Gefahr durch asbesthaltigen Staub, wenn Entfernen technisch/baurechtlich nicht möglich, 3. Sofortmaßnahmen zur vorübergehenden Sicherung nach Schadensfällen, 4. Inspektion asbesthaltiger Teile, 5. Tätigkeiten, die zur Instandhaltung nicht asbesthaltiger Teile erforderlich sind, 6. Tätigkeiten für Analyse-, Mess-, Prüfzwecke. 7. (andere) Tätigkeiten im Zuge der laufenden Nutzung (Bauen im Bestand), wenn <ul style="list-style-type: none"> • ein geringes Risiko vorliegt und • späteres vollständiges Entfernen des asbesthaltigen Gemischs/Erzeugnisses nicht erheblich erschwert wird und 	<p>EU-AsbestRL erlaubt dies, weil dort auf die Arbeitssicherheit insgesamt abgestellt wird. Abfallrechtliche Probleme werden dadurch aber nicht gelöst, z.B. wenn Genehmigungserfordernis für Abfallbehandlungsanlagen dazu führt, dass eine Aufbereitung auf der Baustelle „einfacher“ ist.</p> <p>Erläuterungen <i>Änderungen im Vergleich zu heutiger Regelung</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Entspricht heutiger Regelung für „Abbruch“ Auch vollständiges Entfernen auch von Teilflächen im Zuge der laufenden Nutzung oder baulicher Maßnahmen ist erfasst. Es soll ermöglicht werden, Teile einer baulichen Anlage zu verändern (z.B. Umbau, Einbau neuer Fenster, Türen, Heizung, etc.) 2. Konkretisiert heutige Regelung zu „Sanierung“ i.S. der baurechtlichen AsbestRL. 3. bis 5. konkretisieren die heutigen Regelungen zu „Instandhaltung“ und differenzieren nach „Maßnahmen zur vorübergehenden Sicherung“, „Instandhaltung von Asbestmaterialien“, „Andere Instandhaltung“, wenn (auch) an Asbest gearbeitet werden muss“. <p>Beispiel zu 3.: Dach nach Hagelschaden, vorübergehend Folienüberdeckung.</p> <p>Zu 4.: Durch die bisherigen Übergangsregelungen wurde bereits eine mehr als zwanzigjährige Nutzung asbesthaltiger Materialien und Erzeugnisse ermöglicht. Auch könnte eine Privilegierung der Instandsetzung von Erzeugnissen Artikel 5 EU-AsbestRL widersprechen (verarbeiten von Asbesterzeugnissen, processing of asbestos products). Daher soll es bei den asbesthaltigen Teilen keine allgemeine Privilegierung von Wartung + Instandsetzung geben, sondern die Ausnahme auf Inspektion beschränkt werden. Erlaubt bliebe aber die Instandsetzung als erforderliche Nebenarbeit bei Inanspruchnahme einer der sonstigen Ausnahmen, z.B. nach Entnahme einer Materialprobe oder Abschlussarbeiten nach Wanddurchbrüchen für das Verlegen von Leitungen.</p> <p>Zu 5.: Im Zuge von Instandhaltungsarbeiten an nicht asbesthaltigen Teilen werden auch Tätigkeiten an asbesthaltigen Teilen erlaubt (soweit diese nicht der Instandsetzung der asbesthaltigen Teile dienen). Darunter fällt z.B. das Setzen von Gerüstankern in einer mit Asbestzementplatten verkleideten Fassade, wenn das Gerüst für Instandhaltungsarbeiten angebracht wird. Dabei sollen keine Asbestmaterialien instandgesetzt werden: Zerreißt z.B. bei einer Kesselprüfung eine asbesthaltige Dichtung, darf diese nicht instand gesetzt werden, sondern muss ausgetauscht werden. Ziel ist, dass nichts instand gesetzt wird, was aus asbesthaltigem Material besteht, das (komplexere) Bauteile insgesamt aber repariert werden darf.</p>

Regelungskonzept	Erläuterungen / Ergänzende Hinweise und Vorschläge / Prüferfordernisse
<ul style="list-style-type: none"> das asbesthaltige Gemisch/Erzeugnis noch seine ursprüngliche Funktion erfüllt. <p>Bei Inanspruchnahme der Ausnahmen:</p> <p>Pflicht zur Dokumentation der verbleibenden Asbestmaterialien (durch den Veranlasser, z.B. Bauherren).</p>	<p>6. Neu. Greift die Analytik-Ausnahme der früheren GefStoffV auf sowie die unter REACH aus der F+E-Ausnahme hergeleitete Analytik-Ausnahme.</p> <p>7. Neu. Ziel dieser zusätzlichen Ausnahme ist es, Maßnahmen zu ermöglichen, bei denen ein vollständiges Verbot (bzw. die Alternative „Entfernen“) nicht verhältnismäßig wäre.</p> <p>Dokumentationspflicht: Neu. Um die Informationsgrundlage für künftige Arbeiten zu erhalten/zu verbessern, soll in allen Fällen, in denen asbesthaltiges Material in/an einem von Tätigkeiten betroffenen Objekt verbleibt, der Veranlasser der Tätigkeiten zur Dokumentation verpflichtet werden.</p> <p><i>Änderungen im Vergleich mit Vorschlag BK 2014</i></p> <p>1. bis 6. wie BK 2014</p> <p>7. war im Vorschlag des BK 2014 eine eigene Position. Wurde im Sinne der Übersichtlichkeit in die anderen Ausnahmen integriert. Bedingung hinsichtlich „späteres Entfernen nicht erschweren“ wurde auf „nicht erheblich erschweren“ geändert.</p> <p>Dokumentationspflicht: war im Vorschlag des BK 2014 eine eigene Position; im Sinne der Übersichtlichkeit jetzt unmittelbar zu den Ausnahmeregelungen gestellt.</p> <p>Ergänzende Hinweise und Vorschläge, Prüferfordernisse</p> <p>Zu 1: wo die Grenze eines „vollständigen Entfernens“ bei Teilflächen zu ziehen ist, müsste in der TRGS beschrieben werden. Nachteil eines nur kleinflächigen Entfernens scheint durch Dokumentationspflicht in etwa ausgeglichen.</p> <p>Zu 2: „technisch nicht möglich“ bleibt zu konkretisieren (TRGS). Bezieht sich auf Vorhandensein technischer Verfahren und das Verbleiben einer technisch funktionstüchtigen Situation des Gebäudes/Objektes. „Gefahrenabwehrmaßnahmen“: Dabei geht es um die von dem Objekt ausgehenden Gefahren, nicht um Gefahren, die mit den Arbeiten selbst verbunden sind bzw. aus diesen resultieren.</p> <p>Zu 4, 5: Instandhaltung muss in der GefStoffV definiert werden, ggf. auch die Unterkategorien Inspektion, Wartung, Instandsetzung (Verweis auf Abgleich mit DIN 31051).</p> <p>Zu 4: prüfen, ob Wartung asbesthaltiger Teile tatsächlich generell nicht zulässig sein soll. Bei Brandschutzklappen: Gehört das Auslösen einer Brandschutzklappe noch zur Inspektion? Ev. unter Prüfausnahme. Hierzu andererseits der Vorbehalt, ob Prüfungen/Inspektionen, die mit hoher Faserfreisetzung verbunden</p>

Regelungskonzept	Erläuterungen / Ergänzende Hinweise und Vorschläge / Prüferfordernisse
	<p>sind, langfristig noch zulässig sein sollten (oder ein Austausch vorzusehen ist – Beispiel Brandschutzklappen).</p> <p>Zu 6.: Prüfen, ob Materialprobenahme in der Analyseausnahme mit erfasst werden.</p> <p>Zu 7: Ausgestaltung der Bedingungen (mit Beispielen) auf TRGS-Ebene. Dabei ist auch darzustellen, inwiefern die „Funktionserfüllung“ über baulich-technische Fragestellungen (wie Brand- und Korrosionsschutz, Dämmung, Dichtigkeit, Statik, Sanierungsbedarf wegen Faserfreisetzung) hinausgeht.</p> <p>Hinweis DGUV: Einschränkung auf Tätigkeiten mit geringem Risiko „verboten“ in diesem Fall die gelb/roten Tätigkeiten der TRGS 519-Matrix. Wenn dadurch ein Großteil der PSF-Arbeiten wieder verboten würde, müsste dies geöffnet werden.</p> <p>Zur Dokumentationspflicht (durch Veranlasser, z.B. Bauherren): Eventuell ergänzungsbedürftig ist eine Aufbewahrungspflicht für die Dokumentation sowie eine Verknüpfung zur Informationspflicht des Auftraggebers.</p>
<p>3. Einzelfallausnahme</p> <p>Wenn eine Tätigkeit unter das Verbot zu 1 fällt, aber nicht unter 2. vom Verbot ausgenommen ist, dann gibt es die Möglichkeit einer Einzelfallausnahme.</p> <p>Behördliche Ausnahmen sollen im Einzelfall möglich sein, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutz der Beschäftigten gewährleistet, und • spätere vollständige Entfernung des Asbestmaterials nicht erheblich erschwert, und • die Tätigkeiten nicht der Instandsetzung der asbesthaltigen Gemische/Erzeugnisse dienen (Aus- 	<p>Erläuterungen</p> <p><i>Änderungen im Vergleich zu heutiger Regelung</i></p> <p>Neu. Vollerfahrung haben gezeigt, dass immer mit neuen Fallkonstellationen zu rechnen ist, bei denen ein abschließendes Tätigkeitsverbot nicht verhältnismäßig wäre. Für solche Tätigkeiten wird die Möglichkeit geschaffen, unter bestimmten Bedingungen behördliche Einzelfallausnahmen zu erteilen.</p> <p><i>Änderungen im Vergleich mit Vorschlag BK 2014</i></p> <p>Wie BK 2014, aber Dokumentationspflicht integriert (war beim BK 2014 ein gesonderter Regelungspunkt)</p> <p>Ergänzende Hinweise und Vorschläge, Prüferfordernisse</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kriterium „Schutz der Beschäftigten gewährleistet“: Vorkommen anderer Schadstoffe, Arbeitsschutz muss insgesamt gewährleistet sein. • Zum Thema „erheblich erschweren“ werden Beschreibungen und Beispiele in der TRGS benötigt, die das langfristige Ziel „Ausbau Asbest“ im Blick behalten. Dabei ist die Gefahr der Faserfreisetzung bei künftigen Arbeiten auch als Kriterium der Erschwerung für künftigen Ausbau zu betrachten. • Mögliche Zuständigkeitsprobleme bei der Ausnahmeerteilung klären (Sitz des ausführenden Unternehmens/Standort des betroffenen Objektes) • Abfallbehandlung: Soweit hier das Verbot nach 1. greift, wäre dies durch eine Einzelfallausnahme zu beheben, wenn die Trennung/Behandlung in einer Anlage sicherer ist/zu geringeren Expositionen führt als

Regelungskonzept	Erläuterungen / Ergänzende Hinweise und Vorschläge / Prüferfordernisse
<p>nahme: bau/brandschutztechnisches Erfordernis)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dokumentation der verbleibenden Asbestmaterialien (durch den Veranlasser, z.B. Bauherren), 	<p>eine Trennung in situ. Diskussionen bezogen sich darauf, in wie weit Abfallbehandlung überhaupt unter die Regelung fällt. Nach Verständnis des AK ist Abfall nicht von dem Tätigkeitsverbot erfasst. Bitte seitens BMAS prüfen, sonst Anpassen des Textes, um Abfallbehandlung auszunehmen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sind mit den neu gestalteten Ausnahmen (einschließlich der Möglichkeit, behördliche Einzelfallausnahmen zu erwirken) alle zur Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgebots angemessenen Ausnahmeregelungen getroffen? Auf Arbeitgeberseite bestehen noch Bedenken. • Getrennte Darstellung der ersten 3 Spiegelstriche abgesetzt vom 4., um zu verdeutlichen, dass die Aufgaben verschiedene Adressaten haben. Der Auftragnehmer (Arbeitgeber) kann nicht den 4. Spiegelstrich (Dokumentation) beeinflussen, ist aber der Antragsteller für die Ausnahme.
<p>4. Rückausnahmen</p> <p>Von den Ausnahmemöglichkeiten unter</p> <p>2.5 (Instandhaltung nicht asbesthaltiger Teile),</p> <p>2.7 („Tätigkeiten in der laufenden Nutzung“) und</p> <p>3. (Behördliche Einzelfallausnahmen) <u>nicht erfasst</u> sollen sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Überdeckungs-, Überbauungs- und Aufständerungsarbeiten an Asbestzementdächern und Asbestzement-Außenwandverkleidungen, • Reinigen und Beschichten von Dächern aus Asbestzement und von unbeschichteten Außenwandverkleidungen aus Asbestzement 	<p>Erläuterungen</p> <p><i>Änderungen im Vergleich zu heutiger Regelung</i></p> <p>Präzisierung der Rückausnahmen und Bezug nur noch auf Außenbereich (Dächer, Außenwandverkleidungen – bisher: -wandverkleidungen)</p> <p><i>Änderungen im Vergleich mit Vorschlag BK 2014</i></p> <p>Überdeckungsverbot beschränkt auf das Material Asbestzement und auf den Außenbereich. Gesondertes Verbot der Instandsetzung von Asbestmaterial ist entfallen, da nicht in den in Bezug genommenen Ausnahmen enthalten.</p> <p>Ergänzende Hinweise und Vorschläge, Prüferfordernisse</p> <p><i>Beschränkung der Rückausnahme auf die Nummern 2.5, 2.7 und 3</i></p> <p>Die unter 2. ausgenommenen Maßnahmen zu Gefahrenabwehr und zur temporären Sicherung werden nicht vom Überdeckungsverbot erfasst. Formulierung im Rechtstext muss so gestaltet werden, dass nicht eine Option „Gefahrenabwehr“ durch Anstreichen kreiert wird - Gefahrenabwehr soll nur Fälle erfassen, in denen Entfernen technisch oder baurechtlich nicht möglich ist.</p> <p><i>Überdeckung</i></p> <p>Abweichung vom Vorschlag des BK 2014. Im Sinne der Verhältnismäßigkeit und der einfachen Vollziehbarkeit soll die Regelung - wie in der heutigen VO - nur auf Asbestzement bezogen und zudem auf Dächer und Außenwandverkleidungen beschränkt werden. Gründe:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Benennung eines bestimmten Materials dient der Rechtsklarheit.

Regelungskonzept	Erläuterungen / Ergänzende Hinweise und Vorschläge / Prüferfordernisse
	<ul style="list-style-type: none"> • Bauteile, die nicht überdeckt werden dürfen, müssten ggf. vor einer Maßnahme zur Wärmedämmung o.ä. entfernt werden, was aber sehr aufwendig sein kann (z.B. Außenputz, offen liegende Abstandshalter in Sichtbeton). • AZ im Außenbereich ist das mengenmäßig bedeutsamste Material. • Die mit dem Überdeckungsverbot angestrebte, langfristige Erkennbarkeit und Entfernbarkeit asbesthaltiger Materialien soll in allen anderen Fällen durch die geforderte Dokumentation erreicht werden. • Ein Verbot im Innenbereich wäre nicht wirksam überwachbar. <p>Gegen diese <i>Einschränkung</i> bestehen aber auch Bedenken: Es gibt auch andere Bauelemente, die einfach ausbaubar sind und deren Verbleib künftig zu Arbeitsschutzproblemen führen könnte z.B. leichte asbesthaltige Platten (hohe Kontaminationsgefahr) aber auch AZ-Platten im Innenbereich. Auch aus dem Stahlwaserbau werden Bedenken mitgeteilt, asbesthaltige Altbeschichtungen zu überdecken bzw. ohne vollständige Entfernung der Altbeschichtung neu zu beschichten. Erst ein Dokumentationssystem, das nachweislich wirksam einen Informationsverlust verhindert, könnte diese Bedenken ausräumen.</p> <p>Hinweis: Falls rechtlich die Rücknahme nicht als abschließend anzusehen ist (siehe „Morinolurteil“), sollte geprüft werden, ob bei den Verbotsausnahmen ein ergänzender Eintrag zum Sachverhalt „Überdeckung“ benötigt wird.</p> <p><i>Beschichten:</i> Es soll nur die Überholungsbeschichtung einer vollständig intakten Beschichtung zulässig sein.</p>
5. Weiteres <ul style="list-style-type: none"> • Geltung der Verbote auch im Privathaushalt beibehalten und allgemeiner Vorbehalt, dass Faserfreisetzung/-ausbreitung auch bei Tätigkeiten von Privatpersonen nach Stand der Technik zu verhindern ist. • Zur Verbesserung der Lesbarkeit sollen Verbot, Ausnahmen und 	

Regelungskonzept	Erläuterungen / Ergänzende Hinweise und Vorschläge / Prüferfordernisse
<p>Rückausnahmen in der Darstellung klar getrennt werden, also keine Vermischung innerhalb eines Satzes oder Absatzes.</p> <ul style="list-style-type: none">• Verbotsregelung in Bezug auf mineralische Rohstoffe mit $> 0,1\%$ Asbest wie bisher beibehalten.	

Rechtsgrundlagen

RL 2009/148/EG („EU-Asbest-Richtlinie“) - Artikel 5:

„Unbeschadet der Anwendung anderer Gemeinschaftsvorschriften über das Inverkehrbringen und die Verwendung von Asbest sind Tätigkeiten untersagt, bei denen die Arbeitnehmer Asbestfasern im Rahmen der Gewinnung von Asbest, der Herstellung und Verarbeitung von Asbestergezeugnissen oder der Herstellung und Verarbeitung von Erzeugnissen, denen absichtlich Asbest zugesetzt worden ist, ausgesetzt sind; von diesem Verbot ausgenommen sind die Behandlung und die Entsorgung von Materialien, die bei Abbruch- und Asbestsanierungsarbeiten anfallen.“

VO (EG) Nr. 1907/2006 (REACH-Verordnung), Anhang XVII Abschnitt 6 Absätze 2 und 3, Anlage 7:

„2. Die Verwendung von Erzeugnissen, die Asbestfasern gemäß Absatz 1 enthalten und die schon vor dem 1. Januar 2005 installiert bzw. in Betrieb waren, ist weiterhin erlaubt, bis diese Erzeugnisse beseitigt werden oder bis ihre Nutzungsdauer abgelaufen ist. Jedoch können die Mitgliedstaaten zum Schutz der menschlichen Gesundheit die Verwendung solcher Erzeugnisse, bis sie beseitigt werden oder ihre Nutzungsdauer abgelaufen ist, einschränken, verbieten oder bestimmten Bedingungen unterwerfen.“

„3. [...] ist [...] die gemäß den vorstehenden Ausnahmeregelungen erfolgende Verwendung von Erzeugnissen, die diese Fasern enthalten, nur zulässig, wenn der Lieferant vor dem Inverkehrbringen gewährleistet, dass die Erzeugnisse ein Etikett gemäß Anlage 7 dieses Anhangs tragen.“

„Anlage 7 Besondere Vorschriften für die Kennzeichnung asbesthaltiger Erzeugnisse 1. Asbesthaltige Erzeugnisse bzw. ihre Verpackung müssen mit der nachstehenden Kennzeichnung versehen sein: [...]“

Chemikaliengesetz, Ermächtigung in § 17 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben a und b ChemG:

„(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt [...], soweit es zu dem in § 1 genannten Zweck erforderlich und unionsrechtlich zulässig ist,

1. vorzuschreiben, dass bestimmte gefährliche Stoffe, bestimmte gefährliche Gemische oder Erzeugnisse, die einen solchen Stoff oder ein solches Gemisch freisetzen können oder enthalten, a) nicht, nur in bestimmter Beschaffenheit oder nur für bestimmte Zwecke hergestellt, in den Verkehr gebracht oder verwendet werden dürfen, b) nur auf bestimmte Art und Weise verwendet werden dürfen [...].“

Bundesratspositionen

Aus der BR-Drs. 470/16 (Beschluss) vom 14.10.2016

6. Der Bundesrat spricht sich dafür aus, Ausnahmen vom Verbot der Asbesttätigkeiten nicht mehr an den Begriff „ASI-Arbeiten“ (Abbruch-Sanierung-Instandhaltung) oder ähnlich gelagerte Begriffe zu knüpfen. Soweit Ausnahmen vorgesehen werden, dürfen diese ein künftiges Entfernen asbesthaltiger Materialien nicht verhindern.

Im Sinne eines effizienten Verwaltungshandelns sollte nach Auffassung des Bundesrates aus dem Rechtstext einfach und zweifelsfrei erkennbar sein, unter welchen Voraussetzungen bestimmte gefahrstoffrechtliche Pflichten gelten. Hierfür sollten auslegungsfähige Begriffe und Sachverhalte vermieden werden, welche nach dem Alltagsverständnis oder durch Definitionen anderer Rechtsbereiche unterschiedlich interpretiert werden können. Sonst entstehen Zuordnungsprobleme, die das Handeln der Aufsichtsbehörden erschweren. Solche Zuordnungsprobleme gibt es bei den Asbestregelungen der Gefahrstoffverordnung derzeit besonders beim Begriff der „ASI-Arbeiten“.

9. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, die Einhaltung des Standes der Technik zur Verhinderung der Ausbreitung asbesthaltigen Staubes auch dann vorzuschreiben, wenn Privatpersonen Tätigkeiten an asbesthaltigen Materialien durchführen. Gefahren für Menschen und Umwelt können auch eintreten, wenn solche Tätigkeiten von Privatpersonen durchgeführt werden.

II Pflichten für Auftraggeber

Vorbemerkung

Das Regelungskonzept dient der Umsetzung der Ermächtigung nach § 19 Abs. 3 Nr. 16 ChemG für Mitwirkungspflichten des Auftraggebers⁶. Es wurde im AK Asbest erarbeitet, Vertretern der Immobilienwirtschaft (potenzielle Auftraggeber) zur Stellungnahme gegeben und mit ihnen in einem Gespräch erörtert. Nach nochmaliger Diskussion im AK wurde das Konzept in einigen Punkten angepasst, ergänzt und präzisiert. Ergänzt wurden außerdem Erläuterungen, Hinweise aus der Diskussion und die Ergebnisse der Erörterung mit der Immobilienwirtschaft, soweit zu konkreten Fragestellungen Konsens oder Dissens zu beschreiben ist. Es handelt sich also ausdrücklich nicht um ein konsensuell mit der „Auftraggeberseite“ erstelltes Konzept, sondern um einen Vorschlag des AK Asbest, in den die Auseinandersetzung mit den Fragen, Überlegungen und Standpunkten von Vertretern der Immobilienwirtschaft eingeflossen ist. Im Rechtsetzungsprozess wird zu berücksichtigen sein, dass von „Auftraggeberseite“ weiterhin Zweifel am grundsätzlichen Erfordernis der Regelung genannt werden und für eine tiefergehende Beurteilung Kenntnis der (zwangsläufig) ausstehenden Konkretisierung wichtig sein wird.

Regelungskonzept	Erläuterungen, ergänzende Hinweise aus der Diskussion Ergebnisse der Erörterung mit Immobilienwirtschaft / potenziellen Auftraggebern
A. Struktur <ul style="list-style-type: none"> Allgemeine Regelung in Artikelteil sowie Anhang der GefStoffV, Beschränkung zunächst auf asbesthaltige Materialien in bzw. an Bauwerken und technischen Anlagen (s. Punkte B, C, D) Untersetzung der Anforderungen durch Konkretisierung in Form einer technischen Regel zur GefStoffV. <p>Die kurzfristig angekündigte, unterstützende Handreichung in Form von gemeinsamen Leitlinien von BAuA, UBA und BBSR könnte höchstens eine Übergangslösung sein;</p>	<p>Erläuterungen, ergänzende Hinweise aus der Diskussion</p> <p>Entsprechend dem eingeschränkten Auftrag des AK bezieht sich dieser Vorschlag zur Umsetzung der Ermächtigung nach § 19 Abs. 3 Nr. 16 ChemG nur auf Asbest.</p> <p>Ob die Tragweite der Ermächtigungsgrundlage im ChemG für die Vorschläge im Einzelnen ausreicht, wird das BMAS im Verordnungsgebungsverfahren berücksichtigen. Der im Konzept verwendete Bezug auf „technische Anlagen“ wird als Unterfall des in der Ermächtigung verwendeten Begriffs „Erzeugnisse“ verstanden.</p> <p>Zur Festlegung von Sanktionen bei Verstößen gegen die vorgeschlagenen Regelungen, die das ChemG grundsätzlich ermöglichen, werden an dieser Stelle keine Vorschläge gemacht.</p> <p>Zu den geplanten Leitlinien von BAuA, UBA und BBSR: Diese sind inhaltlich nicht bekannt und eine wirksame Mitentscheidung über deren Inhalte ist nicht zwangsläufig gewährleistet, daher kann an dieser Stelle keine vorweggenommene Unterstützung für diese Leitlinien erfolgen.</p>

⁶ = derjenige, der entsprechend § 19 Abs. 3 Nr. 16 ChemG die Tätigkeiten veranlasst

Regelungskonzept	Erläuterungen, ergänzende Hinweise aus der Diskussion Ergebnisse der Erörterung mit Immobilienwirtschaft / potenziellen Auftraggebern
<p>B. Anwendungsbereich der Regelungen zur Erkundung:</p> <p>Asbesthaltige Materialien in oder an solchen Bauwerken und technischen Anlagen, die vor dem xx.xx.199x erstellt oder mit deren Errichtung vor diesem Zeitpunkt begonnen wurde.</p> <p>„xx.xx.199x“ soll als festes Datum benannt werden. Als Bezugsdatum vorgeschlagen wird das Inkrafttreten des Asbestverbots (31.10.1993) in Deutschland zuzüglich etwaiger damaliger Übergangsregelung für bestimmte Bauprodukte.</p>	<p>Ergebnisse der Erörterung mit Immobilienwirtschaft / potenziellen Auftraggebern</p> <p><u>Konsens</u></p> <p>Eine konkretisierende Untersetzung der Regelungen ist erforderlich. Es wird ausdrücklich unterstützt, hierfür eine Verankerung im Technischen Regelwerk vorzusehen.</p> <p><u>Dissens</u></p> <p>Erfordernis der Regelung angesichts bestehender Pflichten in Baurecht und BGB.</p> <p>Auftraggeber: Bestehende Bauherrenpflichten in anderen Rechtsbereichen sollten ausreichen. Das Thema ist bereits durch Baurecht und BGB abgedeckt und sollte nicht auch noch in die GefStoffV.</p> <p>AK Asbest: Verortung in der GefStoffV wegen Verbindung zur Informationsermittlungspflicht des Auftraggebers. Es soll keine Doppelung von Pflichten geben, sondern es wird deren Aufteilung beschrieben. Der Arbeitgeber soll die vom Auftraggeber erhaltenen Informationen einsetzen können, um seine Pflichten zu erfüllen.</p>
<p>B. Anwendungsbereich der Regelungen zur Erkundung:</p> <p>Asbesthaltige Materialien in oder an solchen Bauwerken und technischen Anlagen, die vor dem xx.xx.199x erstellt oder mit deren Errichtung vor diesem Zeitpunkt begonnen wurde.</p> <p>„xx.xx.199x“ soll als festes Datum benannt werden. Als Bezugsdatum vorgeschlagen wird das Inkrafttreten des Asbestverbots (31.10.1993) in Deutschland zuzüglich etwaiger damaliger Übergangsregelung für bestimmte Bauprodukte.</p>	<p>Erläuterungen, ergänzende Hinweise aus der Diskussion</p> <p><u>Einheitlicher Bezugszeitpunkt:</u> Der Zeitpunkt für das umfassende Asbestverbot war bundesweit derselbe, daher kann für das grundsätzliche Entstehen der Auftraggeberpflicht ein einheitliches Datum angesetzt werden.</p> <p>Das festzulegende Datum bezieht sich nur auf das Entstehen einer Erkundungspflicht durch den <u>Bauherrn</u> und soll <u>nicht</u> generell abschließend eine Fiktion „asbestfrei“ auslösen. Der Auftragnehmer kann nach dem festzulegenden Datum davon ausgehen, dass kein Asbest bei seiner Tätigkeit anfällt, soweit ihm nicht anderweitige Erkenntnisse mitgeteilt werden.</p> <p><u>Berücksichtigung zeitlicher und regionaler Unterschiede der Verwendung:</u> Für die konkreten Ermittlungen sind Unterschiede bei den jeweils verbauten Produkten wichtig, sowohl regional (z.B. alte/neue Länder) als auch bezüglich der Verbotzeitpunkte. Anhaltspunkte dafür, welche asbesthaltigen Produkte wo in Gebäuden zum Einsatz gekommen sind, bietet für die alten Länder der „Asbest-Ersatzstoffkatalog“ von 1985; eine ähnliche Dokumentation gibt es auch aus dem Bereich der ehemaligen DDR. Im Aufbau ist eine Fachdatenbank Gebäudeschadstoffe, die</p>

Regelungskonzept	Erläuterungen, ergänzende Hinweise aus der Diskussion Ergebnisse der Erörterung mit Immobilienwirtschaft / potenziellen Auftraggebern
<p>Hinweis: Vor Nennung eines konkreten Datums sollen noch Erkenntnisse aus der Praxis der Gebäudebegutachtung abgefragt und bei der Festlegung berücksichtigt werden, dies erfolgt durch das BMAS im Rahmen der Erarbeitung der „Fachdatenbank Gebäudeschadstoffe“.</p>	<p>nach Einschätzung BMAS auch eine Darstellung regionaler Besonderheiten und Aufbereitung für verschiedene Nutzerkreise ermöglichen kann.</p> <p>Ergebnisse der Erörterung mit Immobilienwirtschaft / potenziellen Auftraggebern</p> <p><u>Konsens</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung für die Festlegung eines festen Bezugszeitpunkts, insbesondere mit Blick auf die Praktikabilität der Regelung. • Zentrale Begriffe (z.B. „Erkundung“) müssen verbindlich definiert werden. • Eine Berücksichtigung örtlicher Unterschiede beim Einsatz asbesthaltiger Bauprodukte kann grundsätzlich in die Bewertung des Erkundungserfordernisses herangezogen werden (z.B. neue Länder/ Vinylasbestplatten). Gleiches gilt für die konkrete Berücksichtigung von Bauprodukten, die bereits zu einem früheren Zeitpunkt verboten wurden. Konkretisierungen wären auf TRGS-Ebene zu treffen.
<p>C. Anlass und Zeitpunkt der Mitwirkungspflichten des Auftraggebers:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Pflichten entstehen im Zusammenhang mit der Erteilung eines Auftrags (= anlassbezogen); 	<p>Erläuterungen, ergänzende Hinweise aus der Diskussion</p> <p><u>Mitwirkungspflicht des Auftraggebers:</u> Diese beziehen sich nicht auf die Arbeits- und Gesundheitsschutzpflichten des Auftragnehmers (Arbeitgeber) und dessen Beschäftigte. Vielmehr dienen die Mitwirkungspflichten des Auftraggebers der Information an den Arbeitgeber und sollen an ihn adressiert werden, damit der Arbeitgeber seinen Pflichten wie der Erstellung der Gefährdungsbeurteilung und Unterweisung nachkommen kann.</p> <p><u>Begriff „anlassbezogen“:</u> Es wird nicht die vorsorgliche Erstellung eines Katasters gefordert, sondern Pflichten entstehen „anlassbezogen“ erst im Zusammenhang mit der Erteilung eines Auftrags. Dies entspricht auch den bisherigen Diskussionsverläufen im nationalen Asbestdialog. Ist jedoch ein Kataster vorhanden, das die entsprechenden Informationen enthält, so kann es genutzt werden. Nur müssen die im Kataster vorhandenen Informationen geeignet sein, um die für einen konkreten Auftrag relevanten Informationen abzudecken. Inhaltliche Anforderungen an ein eventuelles Kataster sind bisher nicht beschrieben. Manche Kataster berücksichtigen nur Ausschnitte, also ggf. nicht alle Gebäudebereiche oder Materialien. Gleichwertigkeit sollte künftig im verbindlichen Regelwerk beschrieben werden.</p>

Regelungskonzept	Erläuterungen, ergänzende Hinweise aus der Diskussion Ergebnisse der Erörterung mit Immobilienwirtschaft / potenziellen Auftraggebern
	<p>Hinweis: Bei Aufträgen im Zusammenhang mit Notfallmaßnahmen/Havarien (z.B. nach Brand- schaden, Wasserschaden) dürften erst „anlassbezogen“ gewonnene Informationen in der Praxis zu spät kommen bzw. es käme zu Verzögerungen in der Bearbeitung. Alternativ wäre vom ungünstigsten Szenario auszugehen.</p> <p>Prüfvorschlag für Ausnahmefähigkeit: Ausnahme von der Erkundung u.U. möglich bei Anwendung von anerkannten emissionsarmen Verfahren sowie bei den im Anhang zur TRGS 519 künftig bekannt zu machenden Tätigkeiten mit geringem Risiko. Dies könnte ggf. auf TRGS-Ebene spezifiziert werden, etwa mit Bezug auf „kleinere“ Maßnahmen.</p> <p>Ergebnisse der Erörterung mit Immobilienwirtschaft / potenziellen Auftraggebern</p> <p><u>Konsens</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Es sollen keine „Arbeitgeberpflichten“ an den Auftraggeber übergehen (= Pflichten, die der Arbeitgeber gegenüber seinen Beschäftigten hat), • Die Verwendung von Informationen aus einem vorhandenen Kataster soll möglich sein.
<ul style="list-style-type: none"> • Bereitstellung der Informationen durch den Auftraggeber für das beauftragte/ausführende Unternehmen so rechtzeitig, dass dieses seine Pflichten zur Gefährdungsbeurteilung sowie zur Vorbereitung und sicheren Durchführung der Arbeiten bei der Arbeitsvorbereitung/Einrichtung der Baustelle erfüllen kann, • im Bereich öffentlicher Auftraggeber: zur Ausschreibung, im Übrigen: bei Angebots einholung/im Rahmen der Auftragsklärung. • Die Klärung muss spätestens zur Auftragsvergabe abgeschlossen sein. Untersuchung/Erkundung kann Teil des Auftrags sein. 	<p>Erläuterungen, ergänzende Hinweise aus der Diskussion</p> <p><u>Kooperationsmöglichkeiten:</u> Unbenommen bleibt die Einigung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer, wer die Durchführung welcher Aufgaben übernimmt - auch wenn Adressat der Verordnung verankerten Pflicht stets der Auftraggeber bleibt. Wenn ein Handwerksbetrieb z.B. für einen „Laienbauherrn“ auch die Planung macht, soll es möglich sein, dass dieser Handwerksbetrieb im Rahmen seiner Gesamtleistung – gegen Bezahlung - auch um Durchführung oder Veranlassung von Vorermittlungen gebeten wird. So kann die schrittweise Gewinnung von Informationen in einem dialogischen Verfahren erfolgen.</p> <p><u>Bring- oder Holschuld:</u> Das Gespräch über ein mögliches Angebot kann Ansatzpunkt für die Nachfragepflicht des Auftraggebers nach § 15 Absatz 5 GefStoffV sein. Unabhängig von der Nachfragepflicht ist durch das feste Bezugsdatum (s. B) bereits ein einfaches Kriterium verfügbar, wann man sich „als Auftraggeber kümmern muss“. Die gilt nicht nur für den „Profibereich“, sondern im Grundsatz auch für den Laien-/Privat-Auftraggeber.</p>

Regelungskonzept	Erläuterungen, ergänzende Hinweise aus der Diskussion Ergebnisse der Erörterung mit Immobilienwirtschaft / potenziellen Auftraggebern
	<p><u>Fördermöglichkeiten/Anreize</u> außerhalb des <u>Gefahrstoffrechts</u>: Praxisprobleme, die aus möglichen Informationsdefiziten privater (Laien-)Auftraggeber resultieren, sind durch gefahrstoffrechtliche Vorgaben nicht aufzulösen. Für die Wahrnehmung der Pflichten in der Breite könnte ein System öffentlicher Fördermaßnahmen wichtige Anreize liefern. Dies würde auch die Sorge vieler Betriebe aufgreifen, dass Aufträge an billigere Anbieter vergeben werden, die nicht viele Fragen stellen.</p> <p>Ergebnisse der Erörterung mit Immobilienwirtschaft / potenziellen Auftraggebern</p> <p><u>Konsens</u> Der Auftraggeber kann – gegen Bezahlung – auch den Auftragnehmer (= Arbeitgeber) selbst mit der Durchführung von Ermittlungen/Erkundungen beauftragen.</p> <p><u>Dissens</u> Bring- oder Holschuld, Zeitpunkt der Prüf-/ Erkundungspflicht</p> <p><u>Auftraggeber</u>: Fokus auf Holschuld des Arbeitgebers durch <u>Nachfragepflicht</u> nach § 15 Absatz 5 heutiger GefStoffV. Pflicht gegenüber dem Auftragnehmer erst dann, wenn tatsächlich ein Auftrag erteilt wird.</p> <p><u>AK Asbest</u>: Fokus auf Bringschuld des Auftraggebers. Pflicht gegenüber potenziellen Auftragnehmern schon bei Angebotseinholung, da die Informationen entscheidend für die Gestaltung des Angebots sind. Bei der Gestaltung der Regelung könnte eine Orientierung an Regelungsstrukturen der BaustellenVO erfolgen (z.B. Pflichten in der Planungsphase).</p>
<ul style="list-style-type: none"> Zusätzlich entstehen Prüf- und Informationspflichten, wenn im weiteren Bauprozess neue Erkenntnisse eine Nacherkundung erforderlich machen. 	<p>Erläuterungen, ergänzende Hinweise aus der Diskussion Mit diesem Baustein soll berücksichtigt werden, dass Asbestfunde auch zu späteren Zeitpunkten des Bauprozesses möglich sind – er betrifft also nur neue Erkenntnisse beim Baufortschritt. Es soll weder „Doppeluntersuchungen“ noch Regelungs-doppelung mit anderem Recht geben.</p> <p>Ergebnisse der Erörterung mit Immobilienwirtschaft / potenziellen Auftraggebern</p> <p><u>Konsens</u> Es sollen keine „Doppeluntersuchungen“ vorgeschrieben werden.</p>

Regelungskonzept	Erläuterungen, ergänzende Hinweise aus der Diskussion Ergebnisse der Erörterung mit Immobilienwirtschaft / potenziellen Auftraggebern
<p>D. Umfang der Pflichten des Auftraggebers:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ermittlung und Bereitstellung der benötigten Informationen für die „Vorbereitung und sichere Durchführung der Arbeiten“; dies schließt die Abfallentsorgung ein. Dies beinhaltet insbesondere Informationen dazu, wo in den betroffenen Arbeitsbereichen welche asbesthaltigen Materialien vorhanden sind; • Veranlassung von Erkundungen bzw. Duldung solcher Erkundungen in Fällen, in denen sich dies im Bauverlauf als erforderlich erweist. 	<p>Erläuterungen, ergänzende Hinweise aus der Diskussion <u>Konkretisierung der „benötigten Informationen“:</u> Wie differenziert und spezifisch die Angaben sein müssen, wird im Einzelnen im untergesetzlichen Regelwerk festzulegen sein. Das betrifft auch die Frage eventueller Bagatellschwellen. Die Angaben müssen hinreichend differenziert sein, um dem Arbeitgeber die Gefährdungsbeurteilung (z.B. mit Hilfe der TRGS-519-Matrix) zu ermöglichen. Die Information soll dem Arbeitgeber ermöglichen, die richtige Technik auszuwählen. Es wird auf den Ansatz der TRGS 524 verwiesen.</p> <p><u>Zum Hinweis auf die Abfallentsorgung:</u> Wenn die Abfallentsorgung Teil der Tätigkeit ist, muss sie auch hier berücksichtigt werden. Abfallrechtliche Pflichten bleiben unbenommen, aber da die Vorschriften gut miteinander „funktionieren“ sollen, wurde die Schnittstelle hier ausdrücklich angesprochen. Die abfallrechtlichen Pflichten und spätere Tätigkeiten mit dem Abfall sind auch zu bedenken, falls die Verordnung in es in bestimmten Fällen ermöglichen sollte, von einer Erkundung abzusehen und stattdessen von vornherein unter „Asbestbedingungen“ zu arbeiten.</p> <p><u>Erkundungen im Bauverlauf:</u> Hiermit sollen objektiv erforderliche Nacherkundungen geregelt werden, wofür die künftige TRGS-Regelung Prüfansatz und Maßstab liefern kann. Es geht nicht um eine pauschale Duldung von Erkundungen, die der Auftragnehmer anfordert („kein Erkunden ohne Ende“).</p> <p>Ergebnisse der Erörterung mit Immobilienwirtschaft / potenziellen Auftraggebern <i>Vorbehalt Auftraggeber:</i> Erst wenn Details wie Bagatellschwellen, Definition der Erkundung u.ä. geklärt sind, können die Konsequenzen der geplanten Regelung gut beurteilt werden. Betont wird die Schlüsselrolle einer pragmatischen und praxisgerechten Definition des Erkundungsumfanges.</p> <p><u>Konsens</u> Mit den Regelungen zu weiteren Erkundungen im Bauverlauf sollen keine „Doppelerkundungen“ vorgeschrieben werden</p>

III Qualifikationsanforderungen

Regelungskonzept	Erläuterungen, ergänzende Hinweise aus der Diskussion, weitere Positionen
<p>I. Fachkunde oder (besondere) Unterweisung gemäß § 8 Absatz 7 i.V.m. § 2 Absatz 16 der heute gültigen GefStoffV</p> <p>gefordert für alle Beschäftigten</p>	<p>§ 8 Absatz 7 der heutigen GefStoffV fordert für Tätigkeiten mit krebserzeugenden Stoffen Kategorie 1A und 1B fachkundige oder besonders unterwiesene Personen. Diese Anforderung soll beibehalten werden. Auch die Definitionen zu Fachkunde und Sachkunde sollen auf Verordnungsebene beibehalten werden.</p> <p>Zur Erläuterung, welche Befähigung für Tätigkeiten erforderlich ist, wurde in der Diskussion auch auf § 7 ArbSchG⁷ und die DGUV-1 § 7⁸ hingewiesen.</p> <p><u>Grundkenntnisse sollen für alle Beschäftigten, die Tätigkeiten mit Asbest ausüben, gewerksunabhängig gewährleistet sein</u></p> <p>Alle betroffenen Beschäftigten benötigen zum sicheren Arbeiten an asbesthaltigen Materialien bestimmte Grundkenntnisse. Diese Grundkenntnisse können auf unterschiedlichen Wegen erworben werden, z.B. in der Berufsausbildung, durch Fortbildungsmaßnahmen oder innerbetriebliche Schulung. Der AK Qualifikation des AK TRGS 519 hat erste Vorschläge für Konkretisierungen zum Thema „Grundkenntnisse“ erstellt.</p> <p><u>Überlegungen zum Nachweis der Grundkenntnisse</u></p> <p>Generell muss das Vorliegen der Grundkenntnisse nachvollziehbar belegt sein (z.B. Bescheinigung des Ausbildungsträgers). In Betracht kommt auch, dass in der GefStoffV Ausbildungsgänge benannt werden, durch deren Abschluss die betreffenden Kenntnisse als nachgewiesen gelten. Einen geeigneten Ansatzpunkt bieten insbesondere die dualen Ausbildungsgänge im Handwerk mit den in den Ausbildungsordnungen verankerten Schwerpunkten "berufsbezogener Arbeitsschutz" sowie „Gefahrstoffe“. Hierzu wird ein Klärungsprozess angeregt, für welche Ausbildungsgänge die Vermittlung der in Frage stehenden Kenntnisse als belegt angesehen werden kann. Als Bezugspunkte könnten Un-</p>

⁷ „Bei der Übertragung von Aufgaben auf Beschäftigte hat der Arbeitgeber je nach Art der Tätigkeiten zu berücksichtigen, ob die Beschäftigten befähigt sind, die für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz bei der Aufgabenerfüllung zu beachtenden Bestimmungen und Maßnahmen einzuhalten.“

⁸ „(1) Bei der Übertragung von Aufgaben auf Versicherte hat der Unternehmer je nach Art der Tätigkeiten zu berücksichtigen, ob die Versicherten befähigt sind, die für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz bei der Aufgabenerfüllung zu beachtenden Bestimmungen und Maßnahmen einzuhalten. Der Unternehmer hat die für bestimmte Tätigkeiten festgelegten Qualifikationsanforderungen zu berücksichtigen. (2) Der Unternehmer darf Versicherte, die erkennbar nicht in der Lage sind, eine Arbeit ohne Gefahr für sich oder andere auszuführen, mit dieser Arbeit nicht beschäftigen.“

Regelungskonzept	Erläuterungen, ergänzende Hinweise aus der Diskussion, weitere Positionen
<p>II.</p> <p>grundsätzlich Sachkunde gemäß § 2 Absatz 17 der heute gültigen GefStoffV gefordert für</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufsichtsführende, • Personen, die Abnahmen/ Freigaben durchführen, • Verantwortliche Personen (erforderlich insbesondere wegen Gefährdungsbeurteilung, Auswahl der Arbeitsverfahren, Festlegung der Schutzmaßnahmen, Wirksamkeitskontrolle, Unterweisung). <p>Die jeweiligen Qualifikationsziele/Umfang der Kenntnisse sollten mit Bezug auf die Art der Tätigkeit/Risiko direkt in der VO benannt werden (abgestufte Typen der Sachkunde)</p>	<p>terrichtsmaterialien der berufsbildenden Schulen oder konkret beschriebene Lehrgänge der überbetrieblichen Ausbildung besser geeignet sein als die allgemeiner gehaltenen Ausbildungsrahmenpläne. Im Rahmen der Arbeit des Beraterkreises ist diese Klärung nicht zu leisten.</p> <p><u>Position ZDB/HDB:</u> In der neuen GefStoffV muss klargestellt werden, dass gemäß dem Risikokonzept dual Ausgebildete (Gesellen/Facharbeiter) in den unterschiedlichen Gewerken regelmäßig die Anforderung an die Fachkunde in allen Risikobereichen erfüllen.</p> <p><u>Strukturierung und Inhalte der Sachkunde</u></p> <p>Ergänzend zur allgemeinen Vorgabe „Sachkunde“ ist festzulegen, welchen Inhalt/Umfang diese jeweils haben muss, bzw. welche tätigkeits- und risikobezogenen Differenzierungen es geben kann und soll. Primär wird eine Differenzierung nach potenziellen Expositionsrisiken (rot-gelb-grün) vorgeschlagen. Besteht ein auf bestimmte Gewerke oder Tätigkeiten eingrenzbarer Bedarf, kann dies durch Optionen für tätigkeits- oder gewerkespezifische Sachkunde ergänzt werden. Die Struktur wäre in der Verordnung vorzugeben, die Ausgestaltung könnte auf TRGS-Ebene erfolgen.</p> <p>Bei einer risikobezogenen Struktur ist zu berücksichtigen, dass zur zweifelsfreien Zuordnung der geforderten Sachkunde die Expositionshöhen der in Frage kommenden Tätigkeiten bekannt sein müssen. Daher ist die derzeit erfolgende Zuordnung von Tätigkeiten zu Risikobereichen durch den AK TRGS 519 von zentraler Bedeutung für die Praktikabilität eines risikogesteuerten Systems.</p> <p>Der AK Qualifikation des AK TRGS 519 hat Vorschläge für einen modularen, risikobezogenen Aufbau der Sachkunde erstellt, der durch tätigkeitsbezogene Elemente ergänzt wird. Danach würde z.B. eine verantwortliche Person das Modul „Recht + Gefährdungsbeurteilung“ und (abhängig vom Risikobereich) Modul „grün + gelb“ sowie ggf. Modul „rot“ durchlaufen; eine aufsichtführende Person käme ohne Modul „Recht + Gefährdungsbeurteilung“ aus; für „wenig problematische Bereiche“ wird ein eigenes, kleines Modul (Sachkunde oder erweiterte Fachkunde) vorgeschlagen.</p> <p><u>Position ZDB/HDB:</u> Beschäftigte im gelb, roten Bereich erhalten eine gewerkespezifische Sachkunde. Eine gewerkespezifische Sachkunde muss einen geringeren Umfang haben als Konzepte der Sachkunde allgemein für bisherige ASI-Arbeiten (32 und 14 LE). Angemessen wäre ein Umfang von 7 LE, aber ohne Prüfung.</p>

Regelungskonzept	Erläuterungen, ergänzende Hinweise aus der Diskussion, weitere Positionen
	<p><u>Möglichkeiten des Sachkunderwerb</u></p> <p>Insbesondere eine gewerkespezifische Sachkunde kann in die einschlägigen dualen Ausbildungsgängen/Studiengänge integriert werden. Es ist zu prüfen, ob dort, wo Sachkundeprüfungen vorgesehen werden, diese durch die Kammern abgenommen werden können.</p> <p>§ 2 Abs. 17 GefStoffV öffnet die Option, zur Sachkunde gleichwertige Qualifikationen in der GefStoffV zu bestimmen. So könnten in der GefStoffV Ausbildungsgänge benannt werden, durch deren Abschluss Sachkunde als nachgewiesen gilt (s. hierzu auch Ausführungen zu Fachkunde/besondere Unterweisung“). Dies bietet Gelegenheiten für den Verordnungsgeber, die Hinweise der Handwerksverbände aufzugreifen, dass insbesondere nach einer Meisterausbildung oder vergleichbaren Fortbildungen entsprechende Qualifikationen vorliegen.</p> <p><u>Sachkunde von Aufsichtführenden: Allein tätige Personen</u></p> <p>Da kleinere Arbeiten im Gebäudebestand oft in Alleinarbeit durchgeführt werden, könnte in sehr vielen Handwerksbetrieben ein Sachkunderfordernis für alle Beschäftigten eines Betriebes resultieren. Allein tätige Personen tragen zwar Verantwortung für die Arbeitsumgebung (einschließlich Sicherheit anderer Personen), nicht aber als Weisungsbefugte für die Arbeit anderer Beschäftigter. Hier könnte eine risiko- und tätigkeitsbezogene Differenzierung angemessen sein. (s.o., Konzept AK Qualifikation für „vereinfachte“ spezifische Sachkunde).</p> <p><u>Position BV Farbe: Bei einfachen Tätigkeiten mit mutmaßlich geringer Exposition muss nicht immer ein sachkundiger Aufsichtsführender vor Ort sein. Nachdem die Baustelleneinrichtung durch den Sachkundigen geprüft wurde, könnten fachkundige, unterwiesene Arbeitnehmer die Arbeiten eigenverantwortlich durchführen.</u></p> <p><u>Position ZDB/HDB: Für Beschäftigte als Aufsicht führende Person sollte sich die Qualifikationsanforderung im grün/gelben Bereich auf Grundkenntnisse nach I. beschränken.</u></p> <p><u>Notwendige Übergangsregelungen</u></p> <p>Benötigt werden z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Übergangsfristen in Bereichen, die bisher keine Sachkunde brauchten, • Fortbestand der Gültigkeit bisheriger Sachkunde,

Regelungskonzept	Erläuterungen, ergänzende Hinweise aus der Diskussion, weitere Positionen
<p>aber:</p> <p>III.</p> <p>in Abhängigkeit von den Risiken kann Fachkunde ausreichend sein.</p> <p>Dafür sind Bedingungen zu spezifizieren, z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Inhärent sichere Verfahren • Tätigkeiten mit verpackten Materialien • Tätigkeiten, bei denen auch ohne besondere Maßnahmen 1.000 Fasern/m³ nicht überschritten werden • Ggf. Weiteres 	<ul style="list-style-type: none"> • ggf. Stichtagsregelungen, falls <ul style="list-style-type: none"> ◦ Prüfungen – dort, wo diese vorgesehen werden - künftig z.B. auch durch Kammern abgenommen werden sollen, ◦ bestimmte Qualifikationen als gleichwertig zu einer Sachkunde gelten sollen. <p>Die Bedingungen – die ggf. für die gesamte Tätigkeit erfüllt sein müssen - müssen in der GefStoffV abschließend benannt und für die Praxis handhabbar beschrieben werden. Im technischen Regelwerk (TRGS 517, 519) kann die Zuordnung erfolgen, ob bei einer bestimmten Tätigkeit eine der festgelegten Bedingungen erfüllt ist, z.B. „unter 1.000 Fasern/m³“ (für diese Zuschreibung fehlen noch Daten, diese zu ermitteln, wird wichtig sein). Die Größenordnung hat u.a. Bezug zum Thema Drittschutz.</p> <p>ZDB/HDB Position: Grenze bei 10.000 Fasern/m³ setzen. Hierzu Widerspruch der anderen AK-Mitglieder, wird als Auflösung des bisherigen Schutzkonzeptes mit Entsprechend auch über den Arbeitsschutz hinausgehenden, weitreichenden Folgen angesehen.</p> <p><u>Kriterium „inhärent sicher“</u></p> <p>Zwar wäre es für die Praxis einfacher, kein zusätzliches Kriterium „inhärent sicher“ einzuführen. Aber der AK ist mehrheitlich der Auffassung, dass besondere Erleichterungen bei der Qualifikation nur gerechtfertigt sind, wenn folgenreiche Fehlbedienungen ausgeschlossen sind.</p> <p>Mit „inhärent sicher“ sind Verfahren mit nachgewiesener geringer Faserfreisetzung (< 10.000 F/m³) gemeint, bei denen Fehler, die eine größere Faserfreisetzung bedingen, unwahrscheinlich sind (einfache erlernbare emissionsarme Verfahren ohne großes Potential einer Fehlausführung mit resultierender Staubbildung). Inhärent sicher können auch Tätigkeiten sein, die ohne „spezielles Verfahren“ und auch bei fehlerhafter Ausführung keine Faserfreisetzung > 10.000 F/m³ bedingen (z.B. Nägel einschlagen, abwaschen von Kittfugen). Denkbare Beispiel aus den „klassischen ASI-Tätigkeiten“ wäre das Beschichten bereits beschichteter Asbestzementplatten.</p> <p>Nicht inhärent sicher wären demgegenüber solche (auch emissionsarmen) Verfahren, bei denen z.B. wegen ihrer Komplexität ein nicht zu vernachlässigendes Potential einer Fehlausführung besteht und diese mit relevanter Faserfreisetzung verbunden wäre.</p> <p>Eine Einordnung von Verfahren als „inhärent sicher“ würde auf TRGS-Ebene erfolgen.</p>

Regelungskonzept	Erläuterungen, ergänzende Hinweise aus der Diskussion, weitere Positionen
	<p><u>Zusätzliches Abschnidekriterium „keine Tätigkeit an asbesthaltigen Materialien“</u></p> <p>Es sollte auf Verordnungsstufe definiert werden, welche Tätigkeiten gar keine „Tätigkeiten an asbesthaltigen Materialien“ i.S. der VO (und der EU-AsbestRL) sind und bei denen deshalb weder Fach- noch Sachkunde gefordert sind. Es bleibt zu entscheiden, ob bzw. unter welchen Voraussetzungen Tätigkeiten mit verpackten Materialien dazugehören.</p>

Zum Zusammenwirken GefStoffV/TRGS: Eckpunkte müssen in die GefStoffV. TRGS kann Inhalte zu Sach- und Fachkunde festlegen und die Tätigkeiten benennen und erläutern, für die nach den in der Verordnung festgelegten Bedingungen eine Fachkunde ausreichend sein kann. Die zukünftige GefStoffV soll die Anwendung des im AK TRGS 519 entwickelten, modularen Qualifikationskonzepts ermöglichen und die dazu notwendige rechtliche Grundlage liefern. Die im modularen System vorgesehenen „Grundkenntnisse“ sind als Bestandteil der asbestbezogenen „Fachkunde“ angelegt, während die Module 1-4 zur Vermittlung der darauf aufbauenden, erforderlichen Sachkunde dienen sollen. Die Fragestellung, für welche Module Prüfungen vorzusehen sind, wird noch auf Ebene der TRGS-Arbeitskreise beraten.

Regelungen außerhalb des Gefahrstoffrechts: Von Bedeutung ist auch die asbestbezogene Qualifikation anderer Baubeteiligter oder andere Personen, die die Auftraggeber/Bauherren in diesem Zusammenhang unterstützen, wie Fachplaner, Architekten, Koordinatoren. Da diese nicht unmittelbar Adressaten der GefStoffV sind, können ihnen in der GefStoffV keine Sachkundepflichten auferlegt werden. Es wird angeregt, Regelungsoptionen in anderen Rechtsbereichen zu prüfen. Dies soll auch dem qualifizierten Handeln auf Auftraggeberseite dienen.

IV Verwaltungsverfahren

Vorbemerkung

Ausgangspunkt der Beratung waren die Regelungsvorschläge zu Verwaltungsverfahren aus der Beraterkreisarbeit 2013/14. Diese wurden nach schriftlicher Kommentierungsgelegenheit mündlich im AK Asbest beraten und weiterentwickelt. Der aus den Beratungen resultierende Vorschlag (linke Tabellenspalte) **ist nicht als Konsensposition zu betrachten**. Die rechte Spalte gibt einen Überblick der hierzu im AK vertretenen Positionen und ergänzende inhaltliche Erläuterungen.

Regelungskonzept BK 2014 mit einzelnen Vorschlägen zur Weiterentwicklung	Erläuterung zu Änderungen gegenüber Vorschlag Beraterkreis 2014 (BK 2014) Überblick der Positionen im Arbeitskreis; weitere Hinweise und Erläuterungen
Regelungsmodell Fachbetriebe (ausgehend von BK 2014)	
Nur Fachbetriebe mit geeigneter personeller und technischer Ausstattung dürfen Asbesttätigkeiten durchführen	<p>Änderungen im Vergleich zum Vorschlag BK 2014</p> <p>Keine</p> <p>Positionen im AK</p> <p>Insbesondere seitens der Vertreter des Handwerks wird betont, dass bei eingetragenen Handwerkskammerbetrieben das Basismerkmal „Fachbetrieb“ inklusive geeigneter personeller und technischer Ausstattung als gegeben vorauszusetzen ist.</p> <p>Von anderer Seite gab es ergänzend Hinweise, dass zusätzlich die Anforderungen zur geeigneten personellen und technischen Ausstattung (und ggf. Zulassung, s.u.) zu erfüllen sind, wie auch nach heutiger Verordnung.</p> <p>Das Zulassungserfordernis wird von ZDB und HDB abgelehnt.</p> <p>Weitere Hinweise und Erläuterungen</p> <p>Keine</p>
Die Fachbetriebe müssen zusätzlich	
a. bei Tätigkeiten mit hohem Risiko (> Toleranzkonzentration als Schichtmittelwert) ihre Eignung im Rahmen eines Zulassungsverfahrens nachweisen,	<p>Änderungen im Vergleich zum Vorschlag BK 2014:</p> <p><u>Ergänzt:</u></p> <p>1. Verweis auf Schichtmittelwert zur Erläuterung für „Tätigkeiten mit hohem Risiko“, da dies der TRGS 910 entspricht. Ansonsten müsste ein anderer Bezugszeitraum ausdrücklich festgelegt werden.</p>

<p>Hinweis: Die Einfügung „als Schichtmittelwert“ soll der Klarstellung dienen, denn nach TRGS 910 ist die TK als Schichtmittelwert zu bewerten; für kurzzeitige Exposition gilt Überschreitungsfaktor 8. Ein abweichender Bezugszeitraum müsste ggf. ausdrücklich festgelegt werden.</p> <p>Falls es für Tätigkeiten geringer Dauer und Häufigkeit Einschränkungen dieses Zulassungserfordernisses geben soll, wird eine Öffnungsklausel in der VO benötigt, um geeignete Abschnidekriterien im TRGS-Bereich benennen zu können. Z.B. (nur sinngemäß):</p> <p>„Für Tätigkeiten, bei denen aufgrund geringer Dauer und Häufigkeit keine erhebliche Gefährdung besteht, kann im Technischen Regelwerk beschrieben werden, unter welchen Bedingungen/nach welchen Kriterien keine Zulassung erforderlich ist“.</p> <p>Anhand der Ergebnisse aus dem TRGS-519-AK („Matrix“) soll künftig beurteilbar sein, wo technisch und gesundheitlich geeignete Abschnidekriterien liegen können, mit denen die generelle Zulassungspflicht für den „Rotbereich“ fachlich begründet eingeschränkt werden könnte.</p> <p>Hinweis: Die vorgeschlagene Einschränkung für das Zulassungserfordernis beinhaltet keine automatische Einschränkung der Anforderungen an die Schutz-</p>	<p>2. Option einer Öffnungsklausel für Zulassungsfreiheit bei Tätigkeiten geringer Dauer und Häufigkeit.</p> <p>Positionen im AK <u>Zur Bezugsgröße Schichtmittelwert</u> Bei Beurteilungen nach TRGS 519 ist bisher nicht der Schichtmittelwert, sondern die jeweilige Momentaufnahme relevant (Anerkennung emissionsarmer Verfahren). Die Übernahme des TRGS-910-Ansatzes würde für Kurzeittätigkeiten daher faktisch zu einer Grenzwertanhebung führen. Hiergegen bestanden teils erhebliche Bedenken. Das Thema sollte im Zusammenhang mit Anforderung an Schutzmaßnahmen wieder aufgerufen werden.</p> <p><u>Zum Zulassungserfordernis im Rotbereich</u> Sehr breites Positionsspektrum, stark von der Einschätzung abhängig, ob sich viele Betriebe in ihrer „Alltagsarbeit“ im Rotbereich befinden könnten.</p> <p><u>Contra:</u> Kein Betrieb kann Arbeiten im Rotbereich ganz ausschließen, daraus ergäbe sich eine generalisierte Zulassungspflicht, dies wird abgelehnt. Eine Zulassungspflicht für zehntausende von Baubetrieben mit hunderttausenden Beschäftigten, die ihren ureigensten Tätigkeiten nachgehen, wäre nicht im gesellschaftlichen Interesse. Sollte dieser Gedankengang weiter verfolgt werden, wird angeregt, dies vorab verfassungsrechtlich überprüfen zu lassen. Vorstellbar wäre mindestens eine Ausnahme für gelegentliche/kurzeitige Arbeiten im Rotbereich zu schaffen benötigt. Vor der Gefahr in der Praxis nicht handhabbarer bürokratischer Regelungen wird gewarnt.</p> <p><u>Pro:</u> Beratungen im TRGS-519-AK zeigen, dass sehr viele Arbeiten grün/gelb durchführbar sind. Daher würde die Zahl zulassungsbedürftiger Betriebe überschaubar bleiben. Solange noch nicht überall Arbeitsweisen und Verfahren etabliert sind, die verlässliches Arbeiten im Bereich grün/gelb ermöglichen, könnte ein Zulassungserfordernis auch eine positiv steuernde Funktion haben.“</p> <p>Zwar deutete sich die Möglichkeit zur Verständigung auf eine Öffnungsklausel für Tätigkeiten geringer Dauer und Häufigkeit an, wobei technisch und gesundheitlich geeignete Abschnidekriterien im technischen Regelwerk zu spezifizieren wären. Aber Stichworte wie</p>
--	--

<p>maßnahmen (technisch, organisatorisch, persönlich). Dies bedeutet, dass die für Tätigkeiten im roten Bereich notwendigen Ausrüstungen und Qualifikationen ohnehin vorgehalten werden müssen. Unter dieser Voraussetzung ist dann der Vorgang zur Beantragung der Zulassung nur ein formaler Akt, der für die Betriebe keinen hohen Aufwand mehr bedeutet.</p>	<p>„Risiko durch Fehlbedienung bedenken“ „Gleiche Gefährdungen gleich behandeln“ „kein Zulassungserfordernis für Arbeiten, die sehr viele Betriebe betreffen“ „Drittenschutz bedenken – Kontaminationen mit langer Nachwirkung können auch aus „gelegentlichen“ Tätigkeiten resultieren“ deuten schon an, dass eine Einigung zur konkreten Ausgestaltung schwierig sein könnte.</p> <p>Einvernehmen bestand, dass die Ausführung möglichst vieler Arbeiten grün/gelb anzustreben ist und dass die materiellen Schutzstandards unabhängig von einem Zulassungserfordernis einzuhalten sind.</p> <p>Für den Bereich mineralische Rohstoffe wäre Anknüpfen des Zulassungserfordernisses an der Exposition grundsätzlich ok. Falls eine Öffnungsklausel eingeführt wird, sollten konkrete Abschneidekriterien im spezifischen technischen Regelwerk formuliert werden.</p> <p>Zur Bundesratsposition hinsichtlich Zulassung s.a. letzte Seite dieses Abschnitts (BR-Drs. 470/16 (Beschluss) vom 14.10.2016)</p> <p>Weitere Hinweise und Erläuterungen</p> <p>Zulassungserfordernis im Rotbereich wird unter den „Leitplanken“ in den Ergebnissen des Asbestdialogs genannt.</p> <p>Regelung muss grundsätzlich im Kontext mit den Überlegungen zu Qualifikationsanforderungen betrachtet werden.</p>
<p>b. bei Tätigkeiten mit mittlerem und geringem Risiko ihre Eignung gegenüber der Behörde schriftlich erklären.</p> <p>Es sollte Abschneidekriterien geben, um die Zahlen handhabbar zu halten und die Pflicht auf Betriebe mit „potenziell problematischeren Tätigkeiten“ zu konzentrieren.</p> <p>Vorschlag für Abschneidekriterien:</p>	<p>Änderungen im Vergleich zum Vorschlag BK 2014:</p> <p><u>Ergänzt:</u></p> <p>Ausnahmeregelung im Bereich geringen Risikos: Es wird vorgeschlagen, Betriebe von der Pflicht zur Abgabe einer schriftlichen Eignungserklärung auszunehmen, wenn die von diesen durchgeführten Tätigkeiten hinreichend sicher im Bereich geringen Risikos liegen. Für entsprechende Abschneidekriterien, die in der VO festzulegen wären, werden konkrete Vorschläge gemacht.</p> <p>Positionen im AK</p> <p>Sehr kontroverse Bewertungen zu Erfordernis / Sinnhaftigkeit einer schriftlichen Erklärung.</p>

<ul style="list-style-type: none"> • Tätigkeiten, bei denen ohne technische Maßnahmen nicht mehr als 1000 Fasern/m³ auftreten (Hinweis: solche Tätigkeiten könnten ggf. schon dadurch ausgenommen sein, dass sie bei entsprechender Festlegung gar nicht als Tätigkeit mit Asbest gewertet werden oder als solche, die eine „Generalannahme“, z.B. als Tätigkeiten mit geringer Gefährdung i.S.v. § 6 Abs. 13 GefStoffV erhalten) 	<p><u>Contra:</u></p> <p>Der rechtlich jederzeit mögliche Zugang der Aufsichtsbehörden und UVT zu den Betrieben reicht als Instrument. Eine Bringschuld der Betriebe durch eine schriftliche Erklärung/„Anzeige o.ä.“ im gelb/grünen Bereich wäre überflüssige Bürokratie, auch weil die überwiegende Zahl der Betriebe betroffen sein könnte. Diejenigen Betriebe, die eine entsprechende Eignungserklärung abgeben, sind solche, die so arbeiten, dass es keines behördlichen Eingreifens bedarf. Die „schwarzen Schafe“, deren Handeln ein behördliches Eingreifen rechtfertigen würde, werden gerade keine schriftliche Erklärung abgeben. Mit einer geforderten Eignungserklärung würden die sog. „guten“ Betriebe doppelt bestraft.</p> <p><u>Pro:</u></p> <p>DGUV: Die Forderung nach Eignungserklärung für Tätigkeiten im Bereich des geringen/mittleren Risikos wird befürwortet. Zu einer möglichen Ausgestaltung dieser Anforderung wurde ein Grafikschemata beigefügt, das in die Zusammenfassung der Ergebnisse übernommen wurde.</p> <p>Eignungserklärung ist keine inhaltsleere Formalie, sondern macht deutlich, dass bestimmte Anforderungen tatsächlich betrachtet und betriebsintern als erfüllt erkannt wurden. Die resultierende Eingriffsmöglichkeit ist wirkungsvoller als durch das allgemeine Zugangsrecht der Behörde, damit kann man immer nur fallbezogen agieren und fallbezogen untersagen (Einzelbaustelle), nicht aber nachhaltig gegen problematische Betriebe vorgehen. Generell gilt: Die rechtlichen Instrumente entscheiden wesentlich darüber, wie wirkungsvoll und effizient behördliches Eingreifen sein kann.</p> <p><u>Kompromissansatz:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Betriebsbezogene einmalige unternehmensbezogene Eignungserklärung als Haupt-Instrument zur Umsetzung der EU-rechtlich gebotenen Anzeigepflicht (Artikel 4 EU-AsbestRL) nutzen, dafür Wegfall /Einschränkungen bei einzelfallbezogenen Anzeigen (ZDH, HDB: einzelfallbezogene Anzeige muss dann ganz wegfallen) • Einführung risikobezogener Abschnidekriterien, möglicherweise auch um dadurch handhabbare Fallzahlen für gezieltes Agieren zu erhalten.
<p>und</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verfahren unter 10.000 Fasern/m³, bei denen man keine so groben Fehler machen kann, dass die Exposition dann in andere Größenordnungen ansteigt <p>Diese Tätigkeiten bzw. Verfahren kann man im technischen Regelwerk konkret benennen. Aber auch andere Akteure sollten dafür Input liefern können, etwa wenn diese Sachverhalte nach geeigneter Prüfung in Branchenlösungen dargestellt werden.</p> <p>Hinweis: Es besteht keine Einigkeit, wie hoch der Anteil der Betriebe ist, die bei Anwendung solcher Abschnidekriterien von der Pflicht zur schriftlichen Erklärung gegenüber der Behörde betroffen wären. Ein Klärungsprozess kann nicht im Rahmen der AK-Arbeit erfolgen.</p>	

	<p><u>Zum geänderten Vorschlag - Einführung Abschnidekriterien:</u> Für die Mehrzahl der AK-Mitglieder als Kompromisslinie überwiegend ok. Es bleiben aber auch einige ablehnend-kritischer Positionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einerseits ZDB/HDB: Immer noch zu viele Betriebe betroffen, unnötige Bürokratie. Bezug auf 1000 Fasern/m³ stellt Vorgriff auf Prüfung des AGS zur Absenkung des Akzeptanzrisikos dar. • Andererseits GVSS: Befürchtung, hinter die gelebte Praxis der heutigen Fachbetriebe zurückzufallen. Hinweis: keine Verknüpfung mit Freistellung von Schutzmaßnahmen. <p>Weitere Hinweise und Erläuterungen Der AK TRGS 519 arbeitet an einer Zuordnung gängiger Tätigkeiten zu den Risikobereichen grün/gelb/rot. Diese Zusammenstellung sollte künftig die Beurteilung erleichtern, wie viele Betriebe von Regelungen betroffen wären, die sich auf bestimmte Risikobereiche beziehen. Auch das Kriterium „asbestfrei“ muss in diesem Zusammenhang geklärt und eindeutig beschrieben werden.</p>
--	--

Regelungskonzept BK 2014 mit einzelnen Vorschlägen zur Weiterentwicklung	Erläuterung zu Änderungen gegenüber Vorschlag Beraterkreis 2014 Überblick der Positionen im Arbeitskreis; weitere Hinweise und Erläuterungen
Regelungen zur Verfahrensgestaltung	(Vorschlag BK 2014, keine Vorschläge für eine neue gemeinsame Position)
<p>Zulassung erfolgt</p> <ul style="list-style-type: none"> • durch die örtliche Behörde, • befristet, • nach Prüfung, ob <ul style="list-style-type: none"> ◦ geeignete personelle/fachliche und technische Ausstattung vorhanden ist (einschließlich Befähigungsscheininhaber), ◦ Arbeitsschutz insgesamt gewährleistet ist, 	<p>Änderungen im Vergleich zum Vorschlag BK 2014:</p> <p>Entfällt</p> <p>Positionen im AK nicht in der Sitzung behandelt, keine schriftlichen Kommentare</p> <p>Weitere Hinweise und Erläuterungen Keine</p>

Regelungskonzept BK 2014 mit einzelnen Vorschlägen zur Weiterentwicklung	Erläuterung zu Änderungen gegenüber Vorschlag Beraterkreis 2014 Überblick der Positionen im Arbeitskreis; weitere Hinweise und Erläuterungen
<ul style="list-style-type: none"> o Zuverlässigkeit nicht angezweifelt wird. <p>Erklärung der Eignung (= alte unternehmensbezogene Anzeige) erfolgt</p> <ul style="list-style-type: none"> • an die örtliche Behörde (vorzugsweise elektronisch), • mit Angaben über die Art der Arbeiten (einschließlich Risikobereich), personelle/fachliche und technische Ausstattung (und weitere Angaben entsprechend Anlage 1.1 TRGS 519), • nach festgelegter Frist erneut (zur Vermeidung von Karteileichen). 	<p>Änderungen im Vergleich zum Vorschlag BK 2014: Entfällt</p> <p>Positionen im AK nicht in der Sitzung behandelt schriftlich GVSS 18.6.18: Die Erklärung / Anzeige sollte über die örtliche Behörde in eine zentrale Datenbank erfolgen. Denn diese Anzeige muss bundesweit gelten und nachvollziehbar sein!</p> <p>Weitere Hinweise und Erläuterungen Keine</p>
<p>Vorbehalt für die Behörde, im Einzelfall eine Erklärung der Eignung zurückzuweisen/für ungültig zu erklären</p> <ul style="list-style-type: none"> • durch feststellenden Bescheid, • wenn bestimmte, festzulegende Kriterien erfüllt sind. 	<p>Änderungen im Vergleich zum Vorschlag BK 2014: Entfällt</p> <p>Positionen im AK nicht in der Sitzung behandelt, schriftlich DGUV: 4 oder x Wochen nach Eingang der Eignungserklärung</p> <p>Weitere Hinweise und Erläuterungen Keine</p>
Regelungskonzept BK 2014 mit einzelnen Vorschlägen zur Weiterentwicklung	Erläuterung zu Änderungen gegenüber Vorschlag Beraterkreis 2014 Überblick der Positionen im Arbeitskreis; weitere Hinweise und Erläuterungen
<p>Ergänzendes objektbezogenes Anzeigeerfordernis</p> <p>Objektbezogene Anzeigen sind <u>nur für nicht stationär tätige Betriebe</u> relevant.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Tätigkeiten mit geringem Risiko („Grünbereich“, < 10.000 Fasern/m³): 	<p>Änderungen im Vergleich zum Vorschlag BK 2014: Geändert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Deutlicher herausgearbeitet, dass es hier um ergänzende Anforderungen geht, die <u>nur für nicht stationär tätige Betriebe einschlägig</u> sind und die zur unternehmensbezogenen Zulassung bzw. zur „Mitteilung der Eignung“ (s.o.) hinzukommen.

Regelungskonzept BK 2014 mit einzelnen Vorschlägen zur Weiterentwicklung	Erläuterung zu Änderungen gegenüber Vorschlag Beraterkreis 2014 Überblick der Positionen im Arbeitskreis; weitere Hinweise und Erläuterungen
<p>Keine objektbezogene oder ergänzende Anzeige</p> <ul style="list-style-type: none"> • Oberhalb 10.000 Fasern/m³ generell Anzeigepflicht bezogen auf das („nicht stationäre“) Arbeitsobjekt, aber bei Vorliegen einer Zulassung oder Erklärung der Eignung (= mit unternehmensbezogener Anzeige): Inhaltlich nur im Umfang wie die bisherige „ergänzende Mitteilung“ gemäß TRGS 519 (diese Differenzierung wäre auf VO-Ebene vorzugeben). <p>Option für zusätzliche Ausnahmen in Abhängigkeit vom Umfang der Arbeiten (Dauer + Expositionshöhe); diese müssten als solche ggf. in der VO benannt werden, für die konkrete Einordnung wäre eine Bezugnahme auf TRGS-Matrix möglich.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Wegfall der Differenzierung zwischen „gelegentlichen“ und „nicht nur gelegentlichen“ Tätigkeiten. Im Bereich geringen Risikos wird nun generell die Freistellung von objektbezogenen Anzeigepflichten vorgeschlagen, diese war vom BK 2014 nur für „gelegentliche Tätigkeiten mit geringem Risiko“ vorgesehen. • Beschränkung der zu liefernden Angaben im Bereich gelb/rot auf den Umfang der bisherigen „ergänzenden Mitteilung“ nach TRGS 519. Diese Vorgehensweise setzt voraus, dass ein schneller Datenaustausch zwischen den Behörden möglich ist (Gefährdungsbeurteilung etc. liegt mit der Zulassung/ Eignungsbeurteilung bereits bei der für den Sitz des Unternehmens zuständigen Behörde vor). <p>DGUV-Position siehe Ergänzungsvorschlag (Grafik)</p> <p><u>Ergänzt:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Bezug auf 10.000 Fasern/m³ für den Grünbereich zur Klarstellung, dass sich der Bezugsrahmen für den Abgrenzungsvorschlag nicht automatisch mit einer Absenkung der AK verschieben würde. • Option für zusätzliche Ausnahmen im Bereich gelb/rot in Abhängigkeit vom Umfang der Arbeiten, d.h. für Arbeiten eher geringer Dauer, Komplexität und Exposition. <p>DGUV-Position siehe Ergänzungsvorschlag (Grafik)</p> <p>Positionen im AK</p> <p><u>Zum Wegfall des Bezugs auf „gelegentliche“ Arbeiten:</u></p> <p>Allgemein wird bevorzugt, auf einen unbestimmten Rechtsbegriff wie „gelegentlich“ zu verzichten. Die nunmehr generell für den Grünbereich vorgeschlagene Ausnahme von der ergänzenden objektbezogenen Anzeige wird allerdings von mehreren AK-Mitgliedern nur vor dem Hintergrund einer auch im Grünbereich bestehenden, unternehmensbezogenen Mitteilungspflicht unterstützt.</p> <p><u>Zur „Grenzziehung“ bei der Anzeigepflicht:</u></p> <p>Handwerksvertreter befürchten, dass bei objektbezogener Anzeigepflicht für alle Arbeiten im Bereich gelb/rot die Menge der Anzeigen nicht handhabbar wäre, weder von Betrieben noch von Behörden.</p>

<p>Regelungskonzept BK 2014 mit einzelnen Vorschlägen zur Weiterentwicklung</p>	<p>Erläuterung zu Änderungen gegenüber Vorschlag Beraterkreis 2014 Überblick der Positionen im Arbeitskreis; weitere Hinweise und Erläuterungen</p> <p>Die ZDB/HDB lehnen objektbezogene Anzeigen jeglicher Art als völlig ungerechtfertigten Bürokratieaufwand ab. Sollte der Verordnungsgeber gleichwohl eine entsprechende Anzeigepflicht einführen, müsste die Ausnahme von der objektbezogenen Anzeige auch auf den Gelbbereich sowie gelegentliche Tätigkeiten im Rotbereich ausgedehnt werden. Sie weisen darauf hin, dass der Wegfall bestimmter Anzeigepflichten keine Einschränkung für die erforderlichen Schutzmaßnahmen bedeutet. Als mögliche, sachgerechte Kriterien für eine weitere Eingrenzung der objektbezogenen Anzeige finden neben der Expositionshöhe auch Umfang und Komplexität der Arbeiten überwiegend Zustimmung.</p> <p>Die Ländervertreter weisen darauf hin, dass die objektbezogene Anzeige mit den EU-rechtlich verankerten Eckpunkten „Lage der Arbeitsstätte“ und „Zeitpunkt der Arbeiten“ ein notwendiger Ansatzpunkt ist, damit die Aufsichtsbehörde gezielt vor Ort agieren kann.</p> <p>Zur Bundesratsposition hinsichtlich Anzeige s.a. letzte Seite dieses Abschnitts (BR-Drs. 470/16 (Beschluss) vom 14.10.2016)</p> <p>Weitere Hinweise und Erläuterungen</p> <p>Einschränkung auf „ergänzende Mitteilung“ setzt voraus, dass die Basisdaten der unternehmensbezogenen Erklärung zentral für alle Behörden zugänglich sind.</p>
<p>Generell:</p> <p>Vorzugsweise elektronische Anzeigen (Umstellung auf elektronische Verfahren vorantreiben)</p>	<p>Änderungen im Vergleich zum Vorschlag BK 2014:</p> <p>Keine</p> <p>Positionen im AK</p> <p>Wird – sofern Verordnungsgeber eine über eine einmalige unternehmensbezogene Anzeige hinausgehende Anzeigepflicht einführen sollte - unterstützt</p> <p>Weitere Hinweise und Erläuterungen</p> <p>Keine</p>

Regelungskonzept BK 2014 mit einzelnen Vorschlägen zur Weiterentwicklung	Erläuterung zu Änderungen gegenüber Vorschlag Beraterkreis 2014 Überblick der Positionen im Arbeitskreis; weitere Hinweise und Erläuterungen
<p>Einführung einer Befähigungsscheinepflicht</p> <p>Befähigungsschein = Qualifikation (Sachkunde + Berufsausbildung) + Zuverlässigkeit</p> <p>Gefordert für aufsichtsführende/ weisungsbefugte Personen</p> <p>DGUV: einverstanden, wenn damit sowohl die „Verantwortliche Person im Betrieb“ nach TRGS 519, Nr. 5.1 als auch die „Aufsichtsführende Person“ nach TRGS 519, Nr. 5.2 gemeint ist</p>	<p>(Stand: BK 2014, keine Vorschläge für eine gemeinsame Position)</p> <p>Änderungen im Vergleich zum Vorschlag BK 2014: Entfällt, da nur fachlicher Austausch; keine Vorschläge für eine gemeinsame Position bzw. einen Kompromissvorschlag.</p> <p>Positionen im AK Positionen reichen von vollständiger Ablehnung bis zu dringender Unterstützung. Zur Bundesratsposition hinsichtlich Zuverlässigkeit s.a. letzte Seite dieses Abschnitts (BR-Drs. 470/16 (Beschluss) vom 14.10.2016).</p> <p><u>Pro:</u> Praktische Vollzugserfahrung: Nicht überall wird gut gearbeitet und mit den heutigen Regelungen kann die Behörde nur punktuell und nicht nachhaltig vorgehen, wenn Personen/Betriebe wiederholt durch Nichtbeachtung der Schutzanforderungen auffallen. Befähigungsscheinpflicht würde das ändern. Nach Erfahrungen bei Bioziden und Sprengstoff ist der Befähigungsschein ein verwaltungsmäßig sehr nützliches Instrument mit sehr stark lenkender Wirkung hin zu rechtskonformem Handeln. Würde für ausländische Unternehmen klarstellen, dass sie einen behördlichen Schein brauchen. Kann als Alleinstellungsmerkmal die Betriebe stärken (Erfahrung Biozidbereich).</p> <p><u>Contra:</u> Nur zusätzliche Bürokratie ohne sachlichen Nutzen. Darauf muss verzichtet werden. Handwerk mit Meisterbrief sollte reichen.</p> <p><u>Ideen für Kompromissentwicklung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Beschränken auf Rotbereich • Zuverlässigkeitsanforderungen aus anderem Zusammenhang (z.B. Verbands-, Innungsmitgliedschaften) so einfließen lassen, dass für solche Betriebe zusätzlicher Prüf-/Bürokratieaufwand vermieden wird.

Regelungskonzept BK 2014 mit einzelnen Vorschlägen zur Weiterentwicklung	Erläuterung zu Änderungen gegenüber Vorschlag Beraterkreis 2014 Überblick der Positionen im Arbeitskreis; weitere Hinweise und Erläuterungen
	<ul style="list-style-type: none"> • Zahl der geforderten befähigten Personen auf 1 je Unternehmen bzw. je Niederlassung begrenzen. • Möglichkeit einer Kopplung mit Bescheinigung der Sachkunde prüfen. • Annahme der Zuverlässigkeit, solange keine Hinweise auf das Gegenteil vorliegen. Oder Beurteilung der Zuverlässigkeit durch den Arbeitgeber (<i>Hinweis: s.a. neuer LASI-Leitfaden zur Fachkunde BioStoffV, dortige Fragen zur Prüfung der Zuverlässigkeit</i>). • Alternativansätze für nachhaltiges behördliches Eingreifen prüfen: z.B. Möglichkeit zu Rücknahme von Sachkunde, Untersagung der Tätigkeit. <p>DGUV: Gegenüber dem Befähigungsschein werden die genannten Alternativen favorisiert. Um entsprechende Prüfung der Möglichkeiten wird gebeten.</p> <p>Weitere Hinweise und Erläuterungen Keine</p>

Europäische/internationale Rechtsgrundlagen

DI 2009/1418/EG / EIL-Asbest-Richtlinie“ - Generelle Forderung einer (ortsbezogenen) Anzeige nach Artikel 4 Abs. 2 und 3:

(3) Die in Absatz 2 genannte Mitteilung muss gemäß den einzelstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften vor Beginn der Arbeiten durch den Arbeitgeber an die zuständige Behörde des Mitgliedstaats erfolgen. Diese Mitteilung muss mindestens eine kurze Beschreibung folgender Punkte enthalten:

- a) Lage der Arbeitsstätte,
- b) verwendete oder gehandhabte Asbestarten und -mengen,
- c) durchgeführte Tätigkeiten und angewendete Verfahren,
- d) Anzahl der beteiligten Arbeitnehmer,
- e) Beginn und Dauer der Arbeiten,
- f) Maßnahmen zur Begrenzung der Asbestexposition der Arbeitnehmer.

Möglichkeit zum Verzicht auf Anzeige unter den Bedingungen nach Artikel 3 Absatz 3:

Möglichkeit zum Verzicht auf Anzeige unter den Bedingungen nach Artikel 3 Absatz 3.

(3) Sofern es sich um gelegentliche Expositionen der Arbeitnehmer von geringer Höhe handelt und sich aus den Ergebnissen der in Absatz 2 genannten Gefährdungsbeurteilung eindeutig ergibt, dass der Expositionsgrenzwert für Asbest in der Luft im Arbeitsbereich nicht überschritten wird, brauchen die Artikel 4, 18 und 19 auf folgende Arbeitsvorgänge nicht angewendet zu werden: a) kurze, nicht aufeinander folgende Wartungsarbeiten, bei denen nur an nicht brüchigen Materialien gearbeitet wird, b) Beseitigung von intakten Materialien, in denen die Asbestfasern fest in einer Matrix gebunden sind, wobei diese Materialien nicht beschädigt werden, c) Einkapselung und Einhüllung von asbesthaltigen Materialien in gutem Zustand, d) Überwachung und Kontrolle der Luft und Probenahmen zur

Demnach könnte von der Anzeigepflichten der „Gruppeneinheit und auch der ...“ / Artikel 3 Absatz 3 der RI 2009/148(EG).

gentliche Expositionen" handelt (Artikel 3 Absatz 3 der KE 2003).

1. Die Durchführung der gemäß Artikel 3 dieses Übereinkommens ergriffenen Zwangsmaßnahmen, einschließlich angemessener Zwangsmaßnahmen, vorzusehen, um die wirksame Durchsetzung der Bestimmungen dieses Übereinkommens sicherzustellen.
2. Die innerstaatliche Gesetzgebung hat die erforderlichen Maßnahmen, einschließlich angemessener Zwangsmaßnahmen, vorzusehen, um die wirksame Durchführung und Einhaltung der Bestimmungen dieses Übereinkommens sicherzustellen.

Bundesratspositionen

Bundesratsprotokoll 170146 (Beschluss) vom 14.10.2016

Aus der BR-Drs. 4/0/16 (Beschluss) vom 12. März 2016
 Aufgefordert die Bundesregierung auf, in den gefährstoffrechtlichen Regelungen zur Gefahrstoffkennzeichnung die Zulassungs- und Anzeigepflichten.

- [illegible]

V Abschneidekriterien – was ist asbestfrei?

Thema und Bewertung	Erläuterungen / aus der Diskussion
Grenze für „absichtlich zugesetzt“ nach REACH (Anhang XVII Abschnitt 6) Klärungsbedarf, aber keine direkte Möglichkeit der Einflussnahme über Gefahrstoffrecht.	Die Asbestbeschränkung in Anhang XVII REACH (Abschnitt 6) arbeitet mit dem Begriff „absichtlich zugesetzt“. Er wurde diskutiert, ob sich für „absichtlich zugesetzt“ ein Abschneidekriterium festlegen ließe. In der REACH-Diskussion zu Recyclingstoffen scheint sich momentan eine „Nulltoleranz“ abzuzeichnen, unabhängig von der Faserquelle, das beträfe dann auch Recyclingmaterialien, in denen die Asbestfasern aus „anderen“ natürlichen mineralischen Rohstoffen stammen. BMAS spricht BMU in der Sache an. Chemikalienrechtsreferat BMU arbeitet an Gutachten zu dem Thema „absichtlich zugesetzt/ REACH-Zulässigkeit in Bezug auf Recycling. Auch Gegenstand der Schnittstellendiskussion Chemikalien-/Produkt-/Abfallrecht auf europäischer Ebene.
Asbestgehalt im Material Unter Schutzgesichtspunkten scheint es denkbar, ein Abschneidekriterium für „asbestfreies Material“ festzulegen. Dafür ist als entscheidende Stellgröße nicht der Materialgrenzwert, sondern ein Verfahren festzulegen, mit dem die Unterschreitung entsprechender Gehalte sicher nachgewiesen werden kann. Eine geeignete Größenordnung könnte die in der TRGS 517 genannte Nachweisgrenze sein (< 0,008 %). Dies beinhaltet aber keine Festlegung auf das analytische Verfahren nach TRGS 517. Die Festlegung, dass es einen Grenzwert für zu berücksichtigendes Material geben kann, sollte auf Verordnungsebene erfolgen, nähere Festlegungen im technischen Regelwerk.	Sinnvoll scheint eine einheitlich Bezugsgröße, vorzugsweise rechtsgebietsübergreifend, mindestens innerhalb des Arbeitsschutzrechts. Material, das 0,1 % (Einstufungsrelevanz, Inverkehrbringenrecht für mineralische Rohstoffe) Asbest enthält, kann bei Bearbeitung zu > 100.000 Fasern/m ³ führen ⁹ , ein solcher Gehalt wird daher als deutlich zu hoch erachtet. Vorgeschlagen wird daher eine Vereinheitlichung in der Größenordnung des „TRGS-517-Wertes“ (Ziffer 3.2, 1. Absatz), wonach ein Verfahren eingesetzt wird, dessen Nachweisgrenze bei 0,008 % liegt. Die Fragestellungen der Erkundungsstrategie bei komplexeren Objekten bzw. nichthomogenen Probenmaterialien bleiben unbenommen (Problem z.B.: Verdünnung bei Beprobung dünner Schichten). Verfahren müssen mit Blick auf das Erkundungsziel festgelegt werden. In der Diskussion wurde auf Probleme einer geeigneten Analytik hingewiesen (z.B. bei Untersuchung von Mischproben). GVSS ist der Auffassung, dass ein „Materialgrenzwert“ nicht praxistauglich ist, weshalb man auf eine Festlegung eines derartigen Wertes verzichten sollte. Stattdessen sollte nur eine analytische Herangehensweise (Probenahme + Analytik) festgelegt werden. Das aus einem festgelegten Gehalt bei einer Bearbeitung resultierende Risiko (unter Berücksichtigung staubarmen Arbeitens) muss ggf. für die politische Diskussion beziffert werden. Um eine belastbare Grundlage zur Festlegung der Höhe des Abschneidewertes zu erhalten, bedarf es voraussichtlich eines Forschungsprojekts, bei dem unter definierten Bedingungen mit bekannten

⁹ W. Hiltpold beim 23. Forum Asbest, 2014 in Essen (unveröffentlicht); sowie S. Scherer beim 3. Erfahrungsaustausch „Asbest“ des LASI, 2016 in Dortmund, veröffentlicht unter https://lasi-info.com/fileadmin/user_upload/Asbest_Dortmund_20160615_Suva.pdf

Thema und Bewertung	Erläuterungen / aus der Diskussion
	<p>Rezepturen asbesthaltiger Produkte die bei Bearbeitung resultierenden Faserkonzentrationen ermittelt werden. Daten aus dem laufenden Messbetrieb auf Baustellen sind insbesondere wegen der variablen Asbestgehalte in den bearbeiteten Materialien hierfür schlecht geeignet.</p>
<p>Schnittstelle zum Abfallrecht: Zusammenspiel der Regelungen</p> <p>Austausch/Abstimmung mit abfallrechtlichen Entscheidungsgremien bleibt wichtig. In der GefStoffV nicht zu regeln, ggf. im Asbestdialog vertiefen. Die bereits heute bestehenden Arbeitsschutzanforderungen für den Recyclingbereich bleiben unberührt.</p>	<p>Im Abfallrecht gibt es unterschiedliche Herangehensweisen, die Möglichkeit des Vorhandenseins von Asbest zu berücksichtigen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grenze für Einordnung als gefährlicher Abfall: Bisher ja/nein-Entscheidung, kein Materialgrenzwert • Eine Orientierung an der diskutierten Erkundungsstrategie (s.u.) scheint aber möglich • Grenze für die Verwendung für Recyclingbaustoffe: Diskussion über Grenzwerte in der Größenordnung von 0,008 % („TRGS-517-Wert“) bzw. 0,005 % oder 0,001 % (Bezug auf andere, neuere Messstrategien) <p>Eine Orientierung an zulässigen Gehalten von Primärrohstoffen scheint bislang kein Thema zu sein. Aus gefahrstoffrechtlicher Sicht wäre eine einheitliche Grenze für Abfall und anderes (Recyclingmaterial, Primärrohstoffe) hilfreich.</p>
<p>Expositions-/Fasergrenzwert für die Einordnung als „Tätigkeit mit Asbest“</p> <p>Einordnung als „Tätigkeit mit Asbest“ <u>nicht</u> an der resultierenden Faserkonzentration festmachen.</p>	<p>Es wurde gefragt, ob bei Tätigkeiten, aus denen zuverlässig keine Luftkonzentrationen über z.B. 1000 oder 500 Fasern/m³ resultieren, per Konvention einer Kategorie „keine Tätigkeit mit Asbest“ zugeordnet werden sollten. Dies wurde überwiegend nicht befürwortet, einige Mitglieder hielten aber ein entsprechendes Abschneidekriterium für sinnvoll. Für solche Konstellationen könnten (auch weitgehende) Erleichterungen bei den Pflichten festgelegt werden, sie sollten aus der Betrachtung nicht gänzlich herausfallen.</p>
<p>Historische Bezugsgröße</p> <p>Keine automatische Einordnung als asbestfrei für nach dem Asbestverbot erstellte Objekte. Im Übrigen wird auf die Ergebnisse zu „Auftraggeberpflichten“ verwiesen.</p>	<p>Für Ermittlungen in Bestandsobjekten ist der Zeitpunkt des Asbestverbots (31.10.1993) eine wichtige Bezugsgröße. Es wäre aber nicht sachgerecht, Gebäude nach 31.10.1993 per Konvention als „asbestfrei“ einzuordnen, sowohl wegen Übergangsregelungen als auch wegen späterer unbeabsichtigter oder illegaler Verwendung. Konkretes kann hier beim Aufbau der Fachdatenbank Gebäudeschadstoffe entwickelt werden. Herangehensweise soll stattdessen sein, für nach dem Verbotszeitpunkt errichtete Objekte grundsätzlich Erkundungsfreiheit festzulegen und eine Öffnungsklausel vorzusehen, wenn entgegen der Annahme Asbest vorgefunden wird.</p>

Thema und Bewertung	Erläuterungen / aus der Diskussion
<p>Mögliche Bagatellschwellen bei der Bauwerkserkundung</p> <p>Eine Konvention für Abschnidekriterien auf der Ebene der TRGS wird benötigt. Zu berücksichtigen sind Probenahmestrategie, Analyseverfahren und Dokumentation. Es muss noch geklärt werden, wer dies leisten kann und soll. Auf die Ergebnisse zu „Auftraggeberpflichten“ wird verwiesen.</p>	<p>Für die Ermittlung des Arbeitgebers gibt es bisher keine Standardvorgabe, „wie gut“ das betroffene Objekt untersucht sein muss, um zu entscheiden, ob es sich um „Asbesttätigkeiten“ handelt (wie gut muss untersucht sein für ein „Label asbestfrei“?). Auch ist offen, in welchem Umfang eventuell auch Positivbefunde vorliegen dürfen, ohne dass dadurch eine Regelannahme „Asbesttätigkeit“ zu treffen ist (was bedeuten 2 Positivproben in 800?). Übertragbarkeit von Ergebnissen ist zu prüfen.</p> <p>Neben Informationen aus dem VDI-AK, der sich mit Erkundung befasst, wäre interessant, nach welchen Standards oder gesetzlichen Vorgaben andere EU-MS arbeiten. In Frankreich wird die Zahl der Proben basierend auf Grundfläche festgelegt. Es müsste sinnvollerweise nur der Arbeitsbereich betrachtet werden (also nicht das ganze Gebäude). Anzustreben ist eine Technische Regel zur Beschreibung der Kombination von Probenahmestrategie, Analyseverfahren und Dokumentation. In Betracht kommt eine eigene Regel oder ein Anhang zur TRGS 519, wobei für die inhaltliche Erarbeitung voraussichtlich ein anderer Personenkreis benötigt wird.</p> <p>Hinweis ZDB: Eine Inbezugnahme des VDI oder seiner Richtlinien wird abgelehnt, da diese – anders als DIN-Normen nach DIN 820 – nicht im Konsensverfahren erarbeitet bzw. verabschiedet werden.</p> <p>DGUV spricht sich für Anhang zur TRGS 519 aus.</p>

E Anlagen

Ablauf der Beratungen

Einsetzung durch den AGS-Beraterkreis „Novellierung GefStoffV“ im Dezember 2016

Benennung von Mitgliedern bis Februar 2017

1. Sitzung 20./21. Februar 2017 in Hamburg

(Schwerpunkt: Auftragsklärung)

2. Sitzung 1./2. Juni 2017 in Hamburg

(Schwerpunkt: Identifikation erörterungsbedürftiger Themen)

3. Sitzung 25./26. Oktober 2017 in Hannover

(Schwerpunkt: Zusammenwirken mit dem Nationalen Asbestdialog, Bearbeitungsmöglichkeiten der identifizierten Themen)

BMAS-Arbeitstreffen mit AK Asbest, AK TRGS 519 und Akteuren des Nationalen Asbestdialogs am 13. November 2017 in Berlin

Bericht an den Beraterkreis bei dessen 2. Sitzung am 12. Februar 2018

4. Sitzung 7./8. März 2018 in Kassel

(Schwerpunkt: Auftraggeberpflichten, Qualifikationsanforderungen)

5. Sitzung 2./3. Mai 2018 in Berlin

(Schwerpunkt: Auftraggeberpflichten, Qualifikationsanforderungen)

6. Sitzung 19./20. Juni 2018 in Hamburg

(Schwerpunkt: Verwaltungsverfahren)

Bericht zur Zwischenbilanzkonferenz des Nationalen Asbestdialogs am 2. Juli 2018

7. Sitzung 26./27. Juli 2018 in Kassel

(Schwerpunkt: Tätigkeitsverbote)

Treffen mit Vertretern der Immobilienwirtschaft/Bauherrenverbände

zum Thema: Auftraggeberpflichten am 13. September 2018 in Hamburg

8. Sitzung 17./18. September 2018 in Frankfurt

(Schwerpunkt: Abschneidekriterien, Risikobezug)

Bericht an den Beraterkreis bei dessen 3. Sitzung am 25. September 2018

9. Sitzung 22./23. Oktober 2018 in Bochum

(Schwerpunkt: Auftraggeberpflichten, Abschlussbericht)

10. Sitzung 17./18. Dezember 2018 in Hamburg

(Schwerpunkt: Abschlussbericht)

Abkürzungen

AGS UA I	Ausschuss für Gefahrstoffe, Unterausschuss I
AK	Arbeitskreis
ASI	Abbruch, Sanierung, Instandhaltung
BAuA	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BG BAU	Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft
BGV	Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
BG RCI	Berufsgenossenschaft Rohstoffe und chemische Industrie
BK 2014	1. AGS-Beraterkreis „Novellierung GefStoffV“, der 2014 Vorschläge für die Asbestregelungen vorgelegt hat
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BV Farbe	Bundesverband Farbe, Gestaltung, Bautenschutz
BV MiRo	Bundesverband Mineralische Rohstoffe
BR	Bundesrat
BGBI	Bundesgesetzblatt
ChemG	Chemikaliengesetz
DA	Deutscher Abbruchverband
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DGUV	Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung
EU	Europäische Union
IFA	Institut für Arbeitsschutz der DGUV
IG BAU	Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
ILO	International Labour Organization – Internationale Arbeitsorganisation
GefStoffV	Gefahrstoffverordnung
GVSS	Gesamtverband Schadstoffsanierung
HDB	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie
LAGetSi	Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit
LASI	Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik
MS Niedersachsen	Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

REACH	Europäische Chemikalienverordnung REACH, VO (EG) Nr. 1907/2006
RL	Richtlinie
TRGS	Technische Regeln für Gefahrstoffe
UBA	Umweltbundesamt
UVT	Unfallversicherungsträger
VO	Verordnung
VDSI	Verband für Sicherheit, Gesundheit und Umweltschutz bei der Arbeit
WSV	Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes
ZDB	Zentralverband Deutsches Baugewerbe
ZDH	Zentralverband des Deutschen Handwerks